

Pofener Tageblatt

Marceli
DZIENNIK
Poznań
Fr. Ratajczaka 7
Herren-Artikel
Letzte Neuheiten

Bezug: in Posen monatlich durch Boten 5,50 zł, in den Ausgabestellen 5,20 zł, Postbezug (Polen u. Danzig) 5,40 zł, Ausland 8 Rm einschl. Postgebühren. Einzelnummer 0,25 zł, mit Austr. Beilage 0,40 zł

Anzeigen: im Anzeigenteil die achtegehaltene Millimeterzeile 17 gr, im Textteil die viergehaltene Millimeterzeile 75 gr. Sonderplatz 50%, mehr. Ausland 100%, Aufschlag. — Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung oder Arbeitsniederlegung besteht kein Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenbedingungen: Für das Erscheinen von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen und für die Aufnahme überhaupt kann nicht Gewähr geleistet werden. — Keine Haftung für Fehler infolge unbedeutlichen Manuskriptes. — Anschrift für Anzeigenaufträge: Pofener Tageblatt, Anzeigenabteilung, Poznań, ul. Złotnicka 6. — Fernsprecher: 6275, 6105. Postfach-Konto in Posen: Poznań Nr. 212822 (Concordia Sp. Akc., Drukarnia i Wydawnictwo, Poznań), in Deutschland: Breslau Nr. 6184. — Redaktionelle Zuschriften sind an die „Schriftleitung des Pofener Tageblattes“, Poznań, ul. Złotnicka 6, zu richten. — Fernsprecher: 6105, 6275 — Telegrammannschrift: Tageblatt, Poznań

Das Polnische Einkommensteuer Gesetz
in deutscher Übersetzung
hilft über alle Schwierigkeiten hinweg.
Preis z. 7.50.
Zu haben in allen Buchhandlungen.

70. Jahrgang

Freitag, 13. März 1931

Nr. 59

Deutsch-polnischer Handelsvertrag angenommen

Die endlose Debatte im Sejm — Eine Nachsichtigung — Die Obstruktion der Nationaldemokraten — Außenminister Załeski empfiehlt das Abkommen. — Die Abstimmungsergebnisse

(Telegr. unseres Warschauer Berichterstatters.)

Warschau, 12. März.

Der Sejm hat wieder einmal Nachsichtigung gehabt. Um 4 Uhr nachmittags versammelten sich die Abgeordneten, und nach 5½ Uhr nachmittags konnten sie erst ihre Beratungen beenden. Es ging nämlich um den Handelsvertrag und das Liquidationsabkommen. Der Ratifizierung beider Verträge ist vom Sejm in klarer Mehrheit zugestimmt worden. Das Liquidationsabkommen erzielte 188 Stimmen für und 90 gegen den Vertrag. Der Handelsvertrag, über den erst um 5½ Uhr, dank der von den Nationaldemokraten geübten, an Obstruktion erinnernden Taktik, eine Anzahl von Diskussionsreden vorzulesen, abgestimmt werden konnte, erzielte 180 gegen 75 Stimmen. Für den Antrag stimmten bei beiden Abstimmungen der Regierungsbund, die Sozialisten und Minderheiten, dagegen die Nationaldemokraten, die Christlich-Demokraten, die paar Mann von der nationalen Arbeiterpartei und die Bauern.

Außenminister Załeski

hielt einleitend in den frühen Nachmittagsstunden eine Rede, worin er die Motive auseinandersetzte, die die polnische Regierung veranlassen haben, diese Verträge abzuschließen. Der Minister erinnerte an früher abgegebene Erklärungen, wobei er betonte, daß sich Polen dem europäischen Wirtschaftsleben eingliedern müsse. Nur Zusammenarbeit ermögliche die Bekämpfung der furchtbaren Wirtschaftskrise. Polen sei, so meinte Załeski weiter, stets bereit gewesen, einen Handelsvertrag mit Deutschland abzuschließen, sofern ein Ausgleich der Handelsverhältnisse gefunden werde. Im vorliegenden Vertrag würde diese Grundbedingung erfüllt.

Załeski polemisierte dann gegen die von den Nationaldemokraten vorgebrachten Bedenken wegen der Niederlassungsbestimmungen des Handelsvertrages. Wie schon im Ausschuss betonte er, daß man Handelsverträge ohne Niederlassungsbestimmungen nicht abschließen könne. Jedenfalls würden doch von der Niederlassungs-Klausel keine Personen betroffen, die mit dem Wirtschaftsaustausch nichts zu tun hätten. Von einer Massenrückwanderung von Deutschen, die mit einer wirtschaftlichen deutsch-polnischen Zusammenarbeit nichts zu tun hätten, nach den polnischen Westgebieten sei nicht die Rede. Der Minister besprach dann noch den Kampf Deutschlands gegen die Agrarkrise, wobei er allerdings kritisch zu bemerken hatte, daß einer solchen Aktion vor allem das Streben zugrunde liegen müsse, die Überproduktion der Landwirtschaft einzuschränken.

Zur Besprechung des Liquidationsabkommens kommend, meinte auch hier Załeski, daß dieses Abkommen ein für beide Teile vorteilhaftes Kompromiß darstelle. Man dürfe es nicht übersehen, daß durch dieses Abkommen einige tausend Prozesse niedergeschlagen wurden, die den deutsch-polnischen Beziehungen Reizungen und Unfrieden gebracht hätten. Auch dieser Vertrag, so meinte Załeski im Gegensatz zur nationaldemokratischen Auffassung, gebe einer fremden Regie-

rung keine Möglichkeit, sich in das Verhältnis zwischen der Regierung und ihren Staatsbürgern einzumischen. Der Minister beendete seine Rede mit einem allgemeinen Appell zur internationalen Zusammenarbeit, die nötig wäre, um die bestehenden Wirtschaftsschwierigkeiten zu überwinden. Selbst wenn der Handelsvertrag nicht in Kraft treten sollte, wenn ihn Deutschland nicht ratifiziert, so hätte sich auch dann das polnische Volk durch seinen Beschluß für eine friedliche Zusammenarbeit ausgesprochen, und die Schuld an einer Störung der Arbeit zur Besserung der Wirtschaftslage würde dann nicht Polen belasten.

Diese Rede Załeskis wurde mit starkem Beifall des Regierungslagers aufgenommen. Dann begann

die Aussprache

an der sich, wie schon eingangs erwähnt, unzählige Redner beteiligten. Ein Nationaldemokrat nach dem anderen erschien auf der Tribüne. Professor Winarski, der latium bekannte griechische Liquidationsabkommen überaus heftig an, weil es nur Deutschland, nicht aber Polen Vorteile bringe. Der Bauer Kojek begründete ebenfalls in Gedankenängsten, die nationaldemokratischen Geistesgötter enthielten, den ablehnenden Standpunkt seiner Fraktion. Besonders ausführlich wie immer war Prof. Stronicki, der von einer neuen Niederlage der polnischen Außenpolitik sprach. Er klagte, daß die deutschen Anführer, die typischen Träger der deutschen Kolonisation auf polnischem Boden, durch den Liquidationsvertrag auf polnischem Grund und Boden verbleiben würden. Der Verzicht auf das Wiederkaufrecht lasse eine Einmischung Deutschlands im Verhältnis zwischen polnischen Bürgern und ihrem Staat zu. Prof. Stronicki zitierte dann den Reichspräsidenten, den Reichsaußenminister Dr. Curtius und verschiedene deutsche Parlamentarier, um seinen Zuhörern einzureden, wie das deutsche Volkstum durch dieses Abkommen gestärkt worden wäre. Es sei ja geradezu eine Brücke zwischen Kerndeutschland und Ostpreußen geschaffen worden. Die nationaldemokratische Fraktion müsse daher

die Verantwortung für das Liquidationsabkommen entschieden ablehnen.

So sprachen dann zum Liquidationsabkommen allein noch 13 Redner. Es war aber schon späte Nacht, und Prof. Stronicki wandte sich an den Marschall mit der Bitte, die Abkommen mit Deutschland mit Rücksicht auf ihre Bedeutung nicht in so vorgerückter Stunde zu erörtern. Hier auf antwortete der Sejmarschall, daß er sich dem Wunsch gern fügte, wenn nicht die nationaldemokratische Partei im Gegensatz zu den parlamentarischen Seiten zu dem einen Punkte fünf und zu dem anderen Punkte vier Redner vorgeschickt hätte, worin er die Abfertigung mülle, die Verhandlungen zu ver-

schleppen. Die Aussprache nahm dann ihren Fortgang. Minister Pruski ergriff das Wort, um die einzelnen Bestimmungen des Handelsvertrages zu erläutern. Er erklärte, daß die in der Aussprache vorgebrachten Befürchtungen allein dem mangelnden Glauben an die eigene Kraft entsprängen. Die Ratifizierung dieses Abkommens, so meinte der Minister mit Nachdruck, bedeute die einzig mögliche praktische Form, um der Wirtschaftskrieg zwischen Deutschland und Polen zu beenden. Er müsse deshalb das hohe Haus bitten, der Ratifizierung zuzustimmen.

Auch hier wieder eine lange Reihe von Rednern, die vom Nationaldemokraten Zielinski eingeleitet wurde. Da wandten sich die Vertreter von drei Oppositionsparteien (Christl. Demokraten, Nat. Arbeiterpartei und Bauern) an den Vorsitzenden mit der Bitte, die Aussprache wegen der Übermüdung der Abgeordneten zu vertagen. Wigamarschall Car schlug die Bitte ab. Da rief Stronicki, der trotz der vorgerückten Nachtstunde seinen Witz nicht verloren hatte: „Hier ist doch kein Dancing!“ Dafür wurde er zur Ordnung gerufen und ins Protokoll eingetragen, was ihn 65 Zloty von seinen Diäten kosten wird.

So ging es dann weiter. Man sprach und sprach, ein Abgeordneter folgte dem anderen die wenigsten hörten zu, viele schliefen auf den Sofas in den Korridoren, bis endlich um 1½ Uhr die Abstimmung erfolgen konnte, die das schon erwähnte positive Ergebnis brachte.

Der Panzertreuzer B

Die Taktik der Sozialdemokraten

(Telegramm unserer Berliner Redaktion.)

P. R. Berlin, 11. März.

Der sozialdemokratische Abg. Münlich hat heute im Haushaltsausschuß des Reichstages die Erklärung abgegeben, daß die Sozialdemokraten bei der Panzertreuzerabstimmung sich der Stimme enthalten würden, bis zur Entscheidung über ihre Steuer- und sozialpolitische Anträge. Aus dieser Erklärung ist zu ersehen, daß die Sozialdemokraten überzeugt sind, über kurz oder lang mit dem Reichskanzler zu einer Verständigung zu gelangen. Praktisch bedeutet diese Taktik der sozialdemokratischen Partei auch jetzt schon zur Annahme des Reichswehr-Etats in der vom Reichswehrminister gewünschten Form, beitragen zu wollen. Denn nach dem Auszug der Rechtsopposition aus dem Reichstag genügt die Stimmenthaltung der Sozialdemokraten zur Annahme des Etats in seiner ursprünglichen Form.

Ihren Entschluß begründen die Sozialdemokraten so, daß sie im Prinzip den Panzertreuzerbau ablehnen müssen, ebenso wie sie den Bau des Panzerschiffes A abgelehnt hätten. Die sozialdemokratische Fraktion könne sich aber nicht der Erkenntnis verschließen, daß die an der Aufrechterhaltung des gegenwärtigen Systems interessierten Parteien nicht zur Anspannung der Lage führen dürfen. Zum mindesten könnten aber die Sozialdemokraten verlangen, daß im Ausgleich zur weiteren finanziellen Belastung die durch das Flottenbauprogramm entstehen muß, eine entsprechende Entlastung der arbeitenden Bevölkerung durchgeführt wird.

Sehr entschieden trat für den Bau des Panzertreuzers der Redner der Staatspartei Dr. Kuelz ein. Er stellte fest, daß das Erbschaftsprogramm der Marineleitung nur das Mindestmaß dessen enthalte, was notwendig sei, um die Zweckbestimmung der Marine als Küstenschutz und als Unterstützung der Handelsseefahrt, zu gewährleisten. Der Redner des Zentrums Erling hielt den Bau des Panzertreuzers schon deshalb für notwendig, weil sonst in Wilhelmshaven und Kiel größere Arbeiterentlassungen unvermeidlich sein würden. Dann stellte er auch fest, daß die deutsche Kriegsmarine jetzt zu klein sei, um den Weg nach Ostpreußen zu sichern.

In der Abstimmung wurde der kommunistische Antrag, der die Ablehnung der ersten Rate für den Panzertreuzer B vorsieht, mit 11 Stimmen der bürgerlichen Parteien gegen die 5 Stimmen der Kommunisten abgelehnt.

Tschechisch-rumänischer Handelsvertrag

Prag, 12. März. (Eig. Telegr.)

Die tschechisch-rumänischen Handelsverhandlungen haben zu einem positiven Ergebnis geführt. Der Handelsvertrag zwischen Südbanien und der Tschechoslowakei wird am Montag in Prag durch den tschechischen Außenminister Benesch und den hier weilenden südbanischen Handelsminister Demetrowicz unterzeichnet werden.

Eine Schreckensnacht vor Gericht

erst. Posen, 12. März.

Vor dem Rybniker Gericht begann gestern der Prozeß gegen die Aufständischen, die unter der Leitung des Lehrers Szymanski, dem auch die deutsche Schule unterstellt ist, in Hohenbirken deutsche Bewohner verprügelt haben. Eine ganze Reihe von Angeklagten nimmt auf der Anklagebank Platz. Vor den Augen der Zuhörer entrollt sich ein erschütterndes Bild. Die polnische Presse — auch in Posen haben die Blätter die gleiche Stellung eingenommen — nennt diesen Prozeß eine „deutsche Provokation“, obwohl die ganze Sache so liegt, daß eine Reihe von Aufständischen, nachdem sie sich im Gasthause reichlich gestärkt und sich Mut geholt haben, die eingeschüchterten und ängstlichen deutschen Bewohner von Hohenbirken mißhandelt haben.

Wir wollen uns in keinerlei Posen einlassen, denn in diesem Falle, der in brutaler Weise deutsche Landsleute der Wut verheerter Krieger aussetzte, wird das Gericht von Rybnik das Urteil sprechen, und wir haben das Vertrauen in die Gerichte, daß sie objektiv die ganze Angelegenheit klären. Es war vor den Wahlen zum schlesischen Sejm und zum Senat, da veranstalteten die Hohenbirker Aufständischen einen Umzug gegen die Deutschen. Anführer war ein Josef Jambor, ein bereits mit Zuchthaus schwer vorbestrafter Mann. Am nächsten Tage kam ein Lastauto mit etwa 20 Aufständischen — und in dieser Nacht geschah die Mißhandlung.

Zahlen, Gelderei, eingeschlagene Fensterscheiben, das war die Einleitung, und die deutschen Einwohner glaubten, ihr letztes Stündlein habe geschlagen. Das ganze Dorf hat gehört, was damals vorging, nur der Kommandant Konca — der heute auch auf der Anklagebank sitzt — hatte nichts bemerkt. Zuerst haben die Leute im Hause Neugebauer die Scheiben eingeschlagen, dann drangen sie ins Haus, brachen die Schränke auf, zerhackten die Möbel — selbst die Heiligenbilder an den Wänden wurden nicht geschont —, und schließlich nahm man sich Neugebauer vor und schlug mit Stöcken und Gummiflüßeln auf ihn ein, bis der alte Mann bat, man möge ihn lieber töten als so zu peinigen.

Dann kam das Haus Kuska dran, schließlich das Haus Berasch. Es spielten sich dieselben Demolierungsszenen ab. Schließlich kam man in das Haus des gebrechlichen Franz Mandrusch; den schlugen sie so lange (sie schrien dabei: „Das hast du für die 12!“), bis er blutüberströmt liegen blieb. Man zog dann zu Paul Scholtys und feuerte sechs Schüsse ab, ohne jemanden zu verletzen. Die Frau lag im Wochenbett. Dann zogen sie zu Paul Solich, wo sie 73 Fensterscheiben einschlugen, die Möbel demolierten und das zehn-jährige Töchterchen mit dem Dohsenziemer bearbeiteten. Dann ging's zu Karl Jambor; Ergebnis: 67 eingeworfene Fensterscheiben. Jambor gelang es zu entkommen, dafür wurde aber der 12-jährige Junge „für den Vater“ mit dem Dohsenziemer bearbeitet. Auf der Straße wurden dann noch die Deutschen Fiolka und Sнопel überfallen und geschlagen.

Das ist der Tatbestand. Es lag uns nichts daran, diese ganzen Taten mit allem Beiwerk zu versehen, die uns die gerechte Empörung diktieren würde, wenn die Tatsachen allein genügen. Der Prozeß vor dem Rybniker Gericht geht heute vor sich, wir haben den zweiten Verhandlungstag. Unter den Angeklagten ist der Lehrer Szymanski der einzige Mann, der zur Intelligenz gehört und der seine Taten beurteilen kann. Er hat die ganze Gesellschaft im Gasthays traktiert, weiß aber nicht mehr, woher er das Geld dazu gehabt hat. Die anderen Angeklagten sind plötzlich unwissend und können sich auf nichts mehr besinnen. Sie spielen „totes Häschchen“. Die anderen Angeklagten verkünden die deutsche Polenfeindschaft, erklären, es seien Gerüchte im Umlauf gewesen, daß die Hitlerleute in Polen einmarschieren wollten, um Polnisch-Oberschlesien zu Deutschland zu schlagen, sowie, daß man die Polen in Deutschland mißhandele. Es folgen die Angriffe auf den Volksbund, alle die unbewiesenen Verleumdungen gegen die Deutschen in Polen werden wiederholt, um so die Stimmung zu erhitzen. Keiner will gegen Deutschland gehetzt haben, nur aus der Versammlung seien nach der Rede von Szymanski Rufe laut geworden: „Fort mit den Deutschen!“ Die Vernehmung der Angeklagten geht ziem-

Heute:

Politik:

Der deutsch-polnische Vertrag im Sejm angenommen.
Eine Schreckensnacht vor Gericht.
Der italienisch-französische Lottenpakt.
Neues Geschäft mit Rußland.
Hermann Müller schwer erkrankt.
Der Panzertreuzer B.

Feuilleton:

Aus den Konzertsälen.

Aus aller Welt:

Weltpolitische Beobachter:
Weltpolitische Oase:
Geht's bald wieder los in China?

Handel:

Epilog zur Preissenkungsaktion.

Neues Geschäft mit Rußland

(Telegramm unserer Berliner Redaktion)

P. R. Berlin, 11. März.

Durch weitere Besprechungen zwischen den Industriellen und den maßgebenden Regierungskreisen ist Klarheit darüber geschaffen worden, daß Reich und Länder bereit sein werden für die von den deutschen Industriellen in Moskau übernommenen Aufträge die Ausfallbürgschaft zu leisten. Für die 300 Millionen Aufträge wird eine Bürgschaft von Reich und Ländern in Höhe von 70 Prozent notwendig sein. Davon soll das Reich 40 Prozent, die Länder 30 Prozent tragen so daß für den Rest von 90 Millionen die Industrie selbst das Risiko übernimmt.

P. R. Berlin, 11. März.

Reichskanzler Dr. Brüning empfing heute Geheimrat K. Loebner, den Führer der deutschen industriellen Delegation, die heute von ihrer Reise nach Moskau zurückgekehrt ist. Auch Reichsaussenminister Curtius hat heute anlässlich eines Frühstückes, das er den Delegationsmitgliedern gab, sich eingehend mit ihnen über die Ergebnisse ihrer Rußlandfahrt unterhalten.

Die Delegationsmitglieder erklärten übereinstimmend, daß sie in der Sowjetunion sehr freundlich aufgenommen wurden und daß ihre Reise wirtschaftliche Ergebnisse von nicht zu unterschätzender Bedeutung gezeitigt hat. Die Vertreter Rußlands haben mit den deutschen Industriellen ein Lieferungsprogramm für deutsche Waren ausgearbeitet, das Neubestellungen in Höhe von 300 Millionen Reichsmark vorsieht, hauptsächlich Produktionsmittel, dann aber auch Stahl- und Eisenwaren. Die Industriellen hoffen, durch diese neuen Aufträge mindestens 100 bis

150 000 Arbeitslose neu einstellen zu können.

Einige Schwierigkeiten bildet das Problem der Finanzierung, da die Russen noch längere Kredite verlangen, als ihnen bisher eingeräumt wurden. Im allgemeinen überstehen aber die russischen Forderungen (14-29 Monate Kredit) nicht die bei Lieferung großer Maschinenanlagen üblichen Konditionen. Hierbei haben sich die Russen auch zu Zugeständnissen bereit erklärt, die bisher nie von ihnen zu erreichen waren, und zwar sind sie einverstanden, eine Anzahlung in Wechseln von 20 Prozent bei Bestellung zu zahlen.

In ihren Unterredungen mit dem Reichskanzler und dem Reichsaussenminister wiesen die Industriellen darauf hin, daß eine Finanzierung des Rußengeschäftes nur dann durchgeführt werden könne, wenn die deutsche Regierung auch für die zusätzlichen 300 Millionen Mark, wie für die bisherigen Exporte nach Rußland, eine 70prozentige Ausfallgarantie übernimmt. Die Regierung hat zu dieser Forderung der deutschen Industrie noch nicht Stellung genommen. Es erscheint aber mehr als wahrscheinlich, daß es den Industriellen gelingt, die maßgebenden Kreise zu überzeugen.

Das Ergebnis der Rußlandreise der Industriellen ist selbstverständlich auch von außerordentlicher und symptomatischer politischer Bedeutung. Es vergrößert naturgemäß ganz außerordentlich die Chancen einer Verlängerung des Berliner Abkommens. Es war allerdings schon von vornherein zu erwarten, daß der Wunsch der Weltmächte einer neuen deutschen Rußlandpolitik nicht erfüllt werden würde, trotzdem, aber wichtiger, um so mehr, als er durch Druck und Drohungen unterstrichen wurde.

die Bestimmungen des Abkommens die Verjüngung der französischen Kriegsmarine gesichert sei, während als Vorteile für Italien jetzt die Einsparungen aufgeführt werden, die die römische Regierung jetzt machen könne. Die französische Presse veräußert auch nicht, die Aufhebung der französisch-italienischen Flottenkonferenz für die nächsten vier Jahre hervorzuheben, wenn auch die Lösung der Frage der Flottenparität nur verschoben sei. Bedenken kommen zum Ausdruck wegen des Unterjochbuchs Vorbehalten und im allgemeinen wegen der Entwicklung, die die Flottenfrage auf der allgemeinen Abrüstungskonferenz im Jahre 1932 nehmen werde. Denn durch die kleinen Kombinationen des vorliegenden französisch-italienisch-englischen Abkommens sei nichts Endgültiges geregelt, sondern nur eine Verständigung über das Flottenbauprogramm Italiens und Frankreichs während der nächsten Jahre erzielt.

Das „Journal“ hebt zwei Feststellungen hervor: 1. Das französisch-englisch-italienische Abkommen trage nicht den Charakter einer grundsätzlichen Erklärung, sondern sei eine Reihe von Versuchskombinationen, um praktische Fälle zu regeln. 2. Das Abkommen unterbreite sich der Londoner Seeabrüstungskonferenz. Während das letztere einzig und allein die Kreuzer, Torpedobootzerstörer und Unterjochboote betreffe, beziehe sich das französisch-italienisch-englische Abkommen auch auf die Schlachtschiffe und Flugzeug-Muttergeschiffe und andere in diesen beiden Kategorien merkwürdigerweise auf der Washingtoner Konferenz angenommenen Bestimmungen ab.

Für Frankreich, so schließt das Blatt, ist die einzig günstige Aussicht die Tatsache, daß, wenn man im nächsten Jahre die Debatte hierüber wieder aufnimmt, man sie über alle Elemente der Flottenabrüstung wieder aufnehmen muß. Werden die Amerikaner, die Engländer und die Japaner den Deutschen das Vergnügen machen, daß sie ihnen einen schönen Streit der ehemaligen Alliierten bieten?

Prof. Hellpach zum Fall Weingartner

Heidelberg, 11. März.

Prof. Dr. Hellpach, der frühere badische Unterrichtsminister und Staatspräsident, hat an das Deutsch-Französische Studententum (Vorstand: Staatsminister a. D. Freiherr v. Nolte, Ballwig, Berlin) das Ersuchen gerichtet, eine aktienmäßige Klarstellung des Falles Weingartner herbeizuführen, aus der die wirklich bestimmenden Beweggründe der französischen Regierung für das Weingartner-Verbot ersichtlich werden. Prof. Hellpach, der jenseitig Komitee angehört, weist darauf hin, daß er, falls die in der Presse verbreitete Darstellung des Falles Weingartner zutreffend und erschöpfend sei, naturgemäß auch seinerseits nicht imstande sein würde, seine Forderung eines Vertrags im Rahmen des Germanistischen Instituts der Sorbonne im Mai dieses Jahres aufrechtzuerhalten. Unter derselben Voraussetzung werde sich hoffentlich ein Deutscher von Namen und Würde bereitfinden, in Frankreich zu reden, zu spielen, auszustellen usw., solange die französische Regierung im Amt sei, die den Fall Weingartner zu verantworten habe.

Ablauf des Mandats des Präsidenten de Loes

Danzig, 12. März. (R.) Am 24. April läuft das Mandat des derzeitigen Hafenausschusspräsidenten de Loes ab. Herr de Loes hat dieses Amt 6 Jahre lang innegehabt. Gemäß Artikel 19 des Pariser Vertrages soll der Präsident des Hafenausschusses von den Regierungen von Danzig und Polen gewählt werden. Die Verhandlungen über einen Nachfolger de Loes haben noch nicht stattgefunden. Sollte ein Einvernehmen nicht erzielt werden, so würde der Rat des Völkerbundes einen Präsidenten schweizerischer Nationalität auf seiner nächsten, am 11. Mai beginnenden Tagung zu ernennen haben.

Französische Kommentare zum Glottenabkommen

Paris, 12. März. (R.) Die Morgenpresse begrüßt die französisch-englisch-italienische Verständigung in der Seeabrüstungsfrage, und zwar steht in den Kommentaren als Grund zur Befriedigung die Tatsache häufig wieder, daß durch

Der italienisch-französische Flottenpakt

Der Wortlaut veröffentlicht

(Telegramm unserer Berliner Redaktion.)

Der Text des italienisch-französischen Flottenpaktes ist gestern veröffentlicht worden. Im ersten Teil sind die Zahlen der Tonnage festgestellt, auf die sich die Parteien einigen. Interessieren dürfte hauptsächlich ein Passus des Abkommens, nach dem Frankreichs U-Boot-Tonnage noch nicht endgültig zwischen England und Frankreich festgelegt ist und erst noch Handelsobjekt der Abrüstungskonferenz im Jahre 1932 werden dürfte.

Von englischer Seite wird erklärt, daß die englische Regierung die französischen Zugeständnisse an Torpedobootzerstörer von 150 000 Tonnen als zu groß ansehe. Trotzdem werde England in Erwartung der vorzunehmenden Revision durch die Abrüstungskonferenz 1932 nicht auf den Art. 21 des Londoner Vertrages zurückgreifen. Sollte auf der kommenden Abrüstungskonferenz eine befriedigende Lösung in dieser Frage zwischen Frankreich und England nicht herbeizuführen sein, so behalte sich England das Recht vor, den Bestand der Torpedobootzerstörer zu erhöhen.

Im Zusammenhang mit der Veröffentlichung des Abkommens dürfte eine Rede des englischen Marineministers Alexander interessieren, die er gestern im Unterhaus anlässlich der Debatte über den englischen Marineetat 1931/32 hielt. Der Marineetat Englands ist für das nächste Jahr fast genau so hoch wie für das vergangene mit 41,6 Millionen gegen 47,7 Millionen

den Pfund veranschlagt. Aus dieser Zahl ist zu ersehen, daß von einer Verminderung der Kriegsschiffbauten, geschweige denn von einer Seeabrüstung kaum die Rede sein kann. Trotzdem stellte der Marineminister in feierlicher Weise fest, daß der Außenminister Henderson bei Briand wie auch bei Mussolini auf größtmögliche Bereitwilligkeit gestoßen sei, an der internationalen Abrüstung und Aufrechterhaltung des Friedens mitzuarbeiten. Es seien nach dem gegenwärtigen Zustand des fünfjährigen Abkommens alle Bedingungen getroffen worden, um ein internationales Wettrennen zur See endgültig auszuschalten.

Die Worte des Marineministers klingen einigermaßen „diplomatisch“. Man sieht, daß der englische Marineetat nicht kleiner ist als im Vorjahre, und deshalb können seine Worte auch nicht als bare Münze genommen werden, zumal er feststellte, daß der Abschluß des Flottenabkommens in keiner Weise dazu angetan sei, die Ergebnisse der kommenden Abrüstungskonferenz vorwegzunehmen.

lich schnell. Dann werden die schwer geschädigten Zeugen heringeführt, die nun Einzelheiten erzählen. Paul Solich erzählt, wie er bei dem Sturm auf sein Haus unter dem Bett versteckt gewesen sei, wie seine Frau und die Kinder zur Mutter geflüchtet wären und wie er dann selber in der Dunkelheit unerkannt entkommen sei. Er habe noch gesehen, wie die Männer die Betten zerissen haben. Er erzählt, wie die Kinder mit dem Schenkelmesser geschlagen worden seien. Es kommt Paul Scholtz dran und dann August Reugebauer. Sechs Männer schlugen auf ihn ein und als seine Tochter sich ihnen entgegenstellte, zwang man sie „Es lebe Pilsudski“ zu rufen. Dann prügelte man den Mann weiter: „Wir werden dich totschlagen, wenn du nicht die Liste 1 wählst!“, das war das Motto, das sie ausriefen. Der Mann beschwor sie und sagte: „Ich bin doch auch katholisch!“, und sie schlugen weiter. Sein Hemd war von Blut durchtränkt und konnte kaum vom Körper am nächsten Tage losgemacht werden. Seine Tochter erlitt einen Nervenzusammenbruch.

Das sind die Bilder. Das ist die Stimmung. Das Gericht prüft nun die ganze Angelegenheit. Das Urteil wird in dieser Woche noch gefällt werden. Für diesen Prozeß interessiert sich jeder Mensch. Besonders deshalb, weil unschuldige Menschen von verhehten Rohlingen nur deshalb mißhandelt wurden, weil sie gute Deutsche sind.

Zweiter Verhandlungstag

Kybnitz, 11. März. (R.) Im weiteren Verlauf der heutigen Zeugenvernehmung ergab sich, daß die Ueberfälle in Hohenbirken vorbereitet sein mußten und auch unter Beteiligung Ortsfremder ausgeführt worden sind, während als Urheber allerdings lediglich die Hohenbirkenauer Aufständischen in Frage kommen. Einwandfrei wurde nachgewiesen, daß die Angeklagten Jambor und Potella wiederholt an dem Ueberfallstage in Gesellschaft von etwa zehn Ortsfremden gesehen wurden. So behauptet ein Zeuge, mit aller Bestimmtheit, daß alle diese Ortsfremden sich in Gesellschaft der beiden genannten Angeklagten in der Gastwirtschaft Proste aufhielten. Die Ortsfremden hätten schwere Stöße bei sich geführt, an denen man noch die Blutspuren feststellen konnte.

Obwohl bereits die größere Hälfte der Zeugen vernommen ist, liegen Verdachtsmomente für eine direkte Beteiligung an dem Ueberfall gegen die Angeklagten nicht vor. Einen gewissen und nicht unbedeutenden Einfluß auf die Aussagen übt auch noch die Tatsache aus, daß zwischen den meisten Angeklagten und Zeugen verwandtschaftliche Beziehungen bestehen. Während sämtliche Angeklagten bisher immer behaupteten, daß anlässlich des Aufständischenmärsches am Ueberfallstage nicht ein einziges aufheuerisches Wort gegen die Deutschen gefallen sei, stellt es sich nun doch heraus, daß der Schulleiter Symanski in seiner Ansprache während des Märsches in einer aufreizenden Weise gegen die Deutschen von Hohenbirken agitierte. Auch wurde während des Märsches von den Aufständischen zum Totschlagen des Nebenklägers Reugebauer und anderer Vertrauensleute des deutschen Volksbundes aufgefordert.

Stillipp ist geisteskrank

Prag, 12. März. (Eig. Telegr.)

Die geheimnisvolle Affäre mit dem Verschwinden des Legationsrats in der tschechischen Botschaft in Moskau, Stillipp, ist nunmehr aufgeklärt worden. Stillipp leidet an Verfolgungswahn und hat in einem Anfall um eine Dauerhaftigkeitserlaubnis in Rußland nachgesucht, da er sich in seiner Heimat verfolgt glaubte. Er ist nun plötzlich in Rußland verschwunden, geht aber von den russischen Behörden aufgefunden worden und wird, da es sich um eine plötzliche Geisteserkrankung handelt, in Begleitung eines Arztes nach Prag transportiert werden.

Aus den Konzertsälen

Krétzky-Quartett — Chor „Lutnia“

Das Pariser Krétzky-Quartett, bestehend aus den Herren Robert Krétzky (erste Geige), René Costard (zweite Geige), Reger Metéhen (Bratsche) und André Navarra (Violoncello), steht noch nicht auf der Liste der musikalischen Weltberühmtheiten. Ob es ihm bei der großen Anzahl derartiger Vereinigungen gelingen wird, sich zu einer bevorzugten Stellung dieser Art „herauszuschlagen“, läßt sich schwer sagen. Sicher ist nur, daß dieses Viermännerkollegium als außerordentlich geeignete Vermittlungsstelle für Kammermusikwerke der neufranzösischen Schule einzuschätzen ist. Streichquartette von Debussy und Ravel, interpretiert von Personen, die sich nur oberflächlich in die eigenartige musikalische Vorstellungswelt dieser beiden Tonumfänger einzuleben vermögen, müssen wenn nicht peinlich, so doch nichtsagend wirken. Bei diesen vier Streichern aus Paris ist diese Gefahr, wie gesagt, von vornherein nicht in Rechnung zu legen. Man mag zu den Erzeugnissen der Tonsekerei der zwei genannten Franzosen stehen wie man will, die einen mögen ihnen die Ohren fest verschlossen halten, die anderen sie begeisterte Freudentänze aufzuführen; werden sie so vorgetragen, wie es neulich im Vereinshausall sich zutrug, so werden sie bestimmt die Neugierde an der gesamten Zuhörerfront. Es ist ja ein arger Kontrapunktlicher Salat, den Debussy (1862-1918) in seinem Quartett zusammengedrückt hat. Vorjorglichermaßen hat er genau bestimmt, wie die vier Einzelportionen gerühlsmäßig aufzufassen sind. Aber trotz aller tonkünstlerischen Unarten und Streiche, die er sich in diesem Werk leistet, kann ihm niemand den Vorwurf machen, er sei arm an Einfällen. Die hat er genügend, freilich meist nicht nachahmenswerte. Es ist die Aufgabe eines Streichquartetts, dieses Gedankenmaterial so nachschöpferisch zu gestalten, daß es den Anschein erweckt, geistreich zu sein. Dieser nicht übermäßige, lieblichen Pflicht haben sich Herr

Krétzky und Genossen mit bestem Erfolg unterzogen. Sie spielen, um es kurz auszudrücken, elegant. Auf diese Weise erzielen selbst die tonidiotischen Ausschreitungen Debussys einen milden Glacéüberzug. Einem wahren Böttich interjektiver Auslegung gleich der sehr lebhaft und rhythmisch zu behandelnde zweite Teil, welcher stark mit „Pizzicato“ gewürzt ist. Eine wohl-tuende poetische Atmosphäre entwickeln die vier Instrumente in dem nachfolgenden Andantino, wo nach dem Willen des Komponisten der Dämpfer eine wichtige Hilfsstellung auf den 16 Saiten einzunehmen hat. Der 1875 geborene Ravel zeigt in seinem F-dur-Quartett weniger erfinderische Kraft als sein tonhöflicher Geistesverwandter Debussy, dafür besüßelt ihn mehr der Wille, kompositorisch gradere Richtung zu halten, der melodische Linie zu ihrem Recht zu verhelfen. Er spint im beginnenden Allegro moderato ein Thema, welches Kopf und Fuß hat und das in den folgenden Teilen in mehr oder minder verhüllter Form immer wieder auftaucht. Zufällig ist der zweite Satz in ähnlicher Weise klanglich aufmontiert wie der entsprechende bei Debussy — das „Pizzicato“ ist wiederum Spezialität —, aber es bietet den Spielern weniger Gelegenheit, einen geistreichen Inhalt zu imitieren. Trotzdem taten sie alles, um auch diesen Kompositionszug so in künstlerische Formeln aneinanderzureihen, daß die gleich zu Beginn ansetzende Spannung nirgends schlaff wurde. An der Hand dieser Ausführungen ergibt sich schon ein klares Bild über den Wert des Krétzky-Quartetts: es musiziert geistreich und mit technischer Eleganz. Speziell in der Erzielung plötzlicher aufsteigender Klangreize und origineller Pointierung sind sie hochachtbare Köpfer, besonders berufenen Verkünder von solchen Werken, die, wie diejenigen von Debussy und Ravel, so überaus knifflig und schwer überzeugend sind. Es war unter diesen Umständen — leider konnte es niemand vorher wissen — weiter kein Wunder, daß der so gänzlich unkomplizierte Mozart, welcher das Konzert mit seinem 1789 entstandenen D-dur-Quartett eröffnete, ziemlich enttäuschte. Rein äußerlich betrachtet, war zum Beispiel das Zusammenpielen der vier bestklingenden Instrumente prächtig, aber die geistige Einstellung bewegte sich

doch mehr in neutralen Bahnen. Dieser Mozart der sonst so lebensfrohe lächelt, verzog hier so gut wie keine Miene. Das Menuett wurde merkwürdig schleppend genommen, im Schlußtrio herrschte eine rhythmische Gleichförmigkeit, die auch nicht auf gesteigerte Empfinden schließen ließ. Eine gloriose Tonpoesie, die hier aufgeführt wurde. Bei Debussy und Ravel sprang sie dann darauf um so lockerer umher. Doch deshalb keine Feindschaft. Den Beweis erbracht zu haben, daß Musterproben des jungfranzösischen Stils interessant werden, sofern mit ihnen nur in der einzig richtigen Weise umgegangen wird, machte den Abend der vier Pariser Kammermusiker zu einem bedeutungsvollen. Das Publikum klatschte wieder einmal nach jedem Satz, im ganzen sechzehnmal! Das nennt sich Kunstgenuss!

Der Gemischte Chor „Lutnia“ — Vosen-Dembien hatte nach dem Vereinshausaal zu einem Konzert geladen. Wäre es ausgefallen, mir wäre heute wohl zumute. Mir scheint, daß die Veranstalter mit dem Wahltab nicht hinreichend vertraut gewesen sind, den man nun einmal in einer Großstadt wie Vosen an ein öffentliches Konzert stellen muß! Zunächst war es ein völliger Fehlgang, das Orchester von Beamten der Vosenener Eisenbahndirektion in Aktion treten zu lassen. Dazu ist der Raum zu klein, die von den ca. 50 Instrumenten erzeugten Schallwellen waren daher keine glückseligen Erscheinungen. Zweitens ist es nicht Sitte, ein Konzert, welches als ernsthafter künstlerischer Tat aufgeführt werden will, mit Stücken zu eröffnen, die in sommer- und winterlichen Unterhaltungsstätten den dort liebsten und berechtigten musikalischen Füllstoff stellen. An diesen Vertikalien sind sie, wie ich wiederhole, durchaus passende Programmnummern, in einer Veranstaltung, in der eine Kantate den Kernpunkt bildet, haben sie nichts zu suchen. Sie ignoriere sie deshalb. Der Chor sang im zweiten Teil sechs meist kürzere Lieder unter Leitung von Herrn Marjan Weigt. Der berühmte „gute Wille“ schwebte in goldenen Letztern über den Gesängen. Damit ist eigentlich bereits genug angedeutet. Um die Chorleistungen aber nicht ganz in enttäuschendem Sinne hinzustellen, sei beigelegt, daß sowohl

Sänger als auch Sängerinnen mit Begeisterung bei der Sache waren und die Weisungen, die sie vom Dirigenten empfingen — viel waren es nicht an der Zahl — auch pflichtgemäß ausführten. In der Kantate „Milda“ von Monizko, ein Werk, welches außerordentlich reich ist an schöngeltem Gedankenmaterial, ging später der Chor, obwohl auf dem Podium eine fürchterliche Enge in Kauf zu nehmen war, mehr aus sich heraus, und seine Klangsprache war weiterhin eine lautere und ansprechendere. Diese erfreulichen Bemühungen waren leider einer Orchesterbegleitung ausgelegt, für die der Begriff „rein“ eine imposante Bedeutungslosigkeit hatte. Es bereitete Pein, zuzuhören, wie hier die Ausführung einer herrlichen Chortextposition infolge untauglicher Mittel nahezu scheiterte. Gätten auch die vier Solisten verjagt, dann wäre die Katastrophe unabwendbar gewesen. Das war nun gottlos nicht der Fall. Helena Strojnik schlägt eine Sopranstimme an, deren Timbre von sehr aparter Struktur ist. Die Prägung der Töne ist sauber, ihr Charakter weist edle Züge auf. Der Gesang könnte aber noch mehr die Fähigkeit haben, dort, wo es sein muß, sich expressiver zu geben. Viktor Chruszczewski wird an seinem Bariton wahrscheinlich noch viel Freude haben und andere mit ihm erfreuen. Das Organ vermag kraftvolle Töne zu bilden, die Art, Kantilenen auszuführen, verriet reiches musikalische Intelligenz und eine gründlich empfangene künstlerische Schulung. Die Takte aus der Partitur, die ihm zufließen, gehörten zu den erfreulichsten Augenblicken des ganzen Abends. Von den beiden Duetten, die er mit Fräulein Strojnik zu singen hatte, wäre ein gleiches zu melden. Der Akt von Helena Chruszczewski darf sich ebenfalls öffentlich hören lassen. Er ist bereits imstande, dramatisch edle Töne in die Wagbale zu werfen und stützt sich auf reifes musikalisches Verständnis. Auch mit dem Tenor von Kamir Kietzewski mußte man zufrieden sein. Er gibt sich zwar oft dezentler als nötig, aber die Klangsubstanzen sind in der Hauptache derart positiver Natur, daß keine Bekanntheit angenehm wirkte. Im Anschluß an die Kantate (!) ließ Herr Weigt das Orchester einen Mazur (!) schmettern. Ein toller Einfall! Alfred Loake.

Was bringen die nächsten Sitzungen des Stadtparlaments?

Nach der Erholungspause die Sorgenkinder — Not in den Baracken Taktlosigkeit im „Radio“ — Kommunistische Dekorationsmalerei Fette Emerituren

jr. Posen, 12. März.
Nach der „Erholungspause“, die man dem Stadtparlament nach den anstrengenden Haushaltsberatungen gönnt hatte, traten die Stadträte gestern wieder zusammen, um aber keine Dauerjähre abzuhalten, sondern bald wieder auseinanderzugehen.

Eine sogen. „große Vorlage“ gab es nicht, das für dürfen die nächsten Wochen die alten „Sorgenkinder“ der Landesausstellung aufs Tapet bringen. Aus allen Himmelsrichtungen werden die betreffenden Prüfungsausschüsse zusammengerufen, um für die Stadtverordnetenversammlung umfangreichen Redestoff vorzubereiten. Stadion, Palmenhaus, Hotel „Polonia“ und Quartierbüro tauchen wieder aus der Verlebung auf.

Einige wichtigere Vorlagen, die auf der gestrigen Tagesordnung standen, wie zum Beispiel die „Aero“, kamen nicht zur Sprache, so daß man schnell mit dem Penium fertig wurde.

Vor Eintritt in die Tagesordnung kritisierte Dr. Machowski recht eingehend die Mißverhältnisse in den Baracken von Urbanowo und verlangte Abstellung der Mißstände. Stadtr. Budzinski erörterte eine Taktlosigkeit des Radio. Gemeint war aber nicht die etwas überflüssige „ostentative Antwort“ auf den Posener Heimatabend. Es handelte sich vielmehr um eine Pressenotiz von der Erschließung der Kivalin einer Offiziersfrau, gegen welche Notiz sich ausgerechnet im Radio eine Stimme erhoben hatte, wozu diese Einrichtung natürlich ganz und gar nicht berufen ist. Stadtr. Stempniewicz teilte mit, daß sich unter der von der ul. Staszczyńska nach Solatich führenden Brücke kommunistische „Insignien“ befänden, an denen Polizisten und Stadtbeamte vorübergegangen wären, ohne sich für eine Beseitigung derselben einzusetzen. Allerdings könnte hier vielleicht der Einwand gemacht werden, daß die Anbringung kommunistischer oder gar bolschewistischer Zeichen und Worte an einer so sehr bescheidenen Stelle wenig geeignet ist, propagandistisch zu wirken, besonders nicht auf

eine so konservative Bevölkerung, wie es die Posens ist, obwohl die Arbeitslosigkeit als schlechter Berater in Rechnung gezogen werden muß. Der Magistrat wird aber sicher nicht veräumen, die unerwünschten Dekorationsmalereien entfernen oder übertünchen zu lassen.

Die Erledigung der Tagesordnung brachte zunächst die Wahl der Stadtverordneten Wyzbiarski und Prof. Taylor zu Delegierten für den Vertretertag des Kommunal-Kreditverbandes. Auf sozialer denkende Menschen mußte es wie ein „rotes Tuch“ gewirkt haben, wenn sie im weiteren Verlauf der Sitzung erfahren, mit welchen Ministergehaltären zwei Stadträte ihre Emeritur erhielten. Es handelte sich um die Stadträte Nowicki und Podolka, die nach abgelaufener 12jähriger Kadenz hätten wiedergewählt

werden können. Dem stand beim Stadtrat Nowicki das vorgeschrittene Alter im Wege; bei Stadtrat Podolka waren es geistliche Bestimmungen finanzieller Natur. Eine Wiederwahl, die der Ausschuss einmütig vornehmen wollte, hätte diesen Stadtrat, durch das Inkrafttreten neuer Bestimmungen finanziell schlechter gestellt.

Die vom Stadtr. Presincki referierte Angelegenheit der Aufrückung von Feuerwehrleuten wurde dahin erledigt, daß man eine Vertagung vornahm und eine Entschließung faßte, worin der Magistrat aufgefordert wird, mit neuen Stabstärkungsmaßnahmen einzukommen, die den gegenwärtigen Verhältnissen mehr angepaßt sein sollen.

Nach widerspruchsfreier Annahme der Sakungen der „Pecznica Miejska“ trug Frau Dr. Grochman die Zusammenfassung von Stiftungen vor, von denen man sechs als selbständige Stiftungen beibehält.

Die Festlegung von Einzelnormen für die Erhebung von Müllabfuhrgebühren wurde im Sinne des Referenten erledigt, ebenso die rein formelle Stärkung des Budgets der städtischen Theater für das Jahr 1930/31.

Freispruch für einen Glücksspieler

Ein sehr interessantes Urteil

em. Posen, 10. März. Der Kunstmaler Wladislaus Szynmanowski aus Posen hatte sich vor der Strafkammer des hiesigen Landgerichts unter dem Vorbehalt des Landrichters Schaubert wegen Betruges zu verantworten. Im vorigen Jahre soll der Angeklagte die Gebrüder Tomaszewski in Posen unter Vorpiegelung falscher Tatsachen — er sagte, daß er zu Geschäftszwecken in Gdingen größere Geldbeträge benötige — um 40.000 Zloty betrogen haben. Der Angeklagte bestritt die ihm zur Last gelegte Tat und behauptet, daß er von den beiden Tomaszewskis verschiedene Male Geld erhalten hätte, um in Posen im Spiel sein Glück zu versuchen. Da es ihm immer glückte und die beiden Tomaszewskis dadurch eine gute Einnahmequelle hatten, vertrauten sie ihm immer höhere Summen an. Schließlich verlor das Glück den Angeklagten, und er verlor alles.

Die als Zeugen vernommenen Brüder Toma-

szewski behaupteten, dem Angeklagten die hohen Geldbeträge nur zu Geschäftszwecken verabsolgt zu haben. Von einem Roulettespiel in Posen hätten sie nichts gewußt. Die weitere Beweisaufnahme erwies jedoch, daß die Gebrüder Tomaszewski von dem Spiel des Angeklagten gewußt haben.

Der Staatsanwalt hält seine Anklage aufrecht und plädiert für eine Gefängnisstrafe von 1½ Jahren. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Kojner, hebt in seiner glänzenden Verteidigungsrede hervor, daß die beiden Brüder Tomaszewski zu meist mit den Geschäftsführern des Angeklagten sehr zufrieden waren und nicht fragten, was das für Geschäft sei. Die Hauptfrage war der hohe Verdienst, der in ihre Tasche floß. Der Verteidiger hat um Freisprechung des Angeklagten. Das Gericht pflichtete den Ausführungen des Verteidigers bei und sprach den Angeklagten frei.

Bei Gallen- und Leberleiden, Gallensteinen und Gelbsucht regelt das natürliche „Franz-Josef“-Bitterwasser die Verdauung in geradezu vollkommener Weise. In Apotheken u. Drogerien erhältlich.

Preise, besonders für Schweinefleisch usw., erreichen können. Neue Höchstpreise dürften in Kürze wieder erscheinen, werden aber sicher schon jetzt in den Fleischläden praktisch angewendet werden

Eissa

Am hiesigen Arbeitslosenamt wurden bei der letzten Registrierung 932 qualifizierte Arbeiter gezählt.

Zeichen der Zeit. Von einem Kutscher, der mit einem Gefährt die Chaussee nach Althoven zu fuhr, wurde dieser Tage ein vollkommen erschöpfter und halb erkrankter Mann aufgefunden. Es wurde festgestellt, daß es ein gewisser Wilszal ist, der bereits fünf Monate arbeitslos und auf der Heimreise nach Oberschlesien begriffen ist. Auf dieser Tour hat er seine Schuhe vollständig abgelaufen und die Füße erfroren. Der Kutscher namens Szypczak besorgte dem Bedauernswerten ein Paar Schuhe und Strümpfe und ermöglichte dem Manne auf diese Weise seine Weiterreise.

Neutomischel

A Herr Emil Schulz und seine Ehefrau, geb. Behnke, aus Althoven konnten das Fest der silbernen Hochzeit feiern. Wir wünschen dem Silberpaar bis zum Goldenen Ehejubiläum Gesundheit und Glück.

Wieder ein Ueberfall

× Wirsig, 11. März. In Kafel-Abbau drangen gestern um 7.30 Uhr in die Wohnung des Händlers Garsteci zwei unbekannte Banditen ein, die unter Bedrohung mit Revolvern den Händler und seine Ehefrau zur Herausgabe ihres Bargeldes, dessen Höhe allerdings nur 60 Zloty betrug, zwangen. Ein Angestellter des G. schlug in der Nachbarschaft Alarm, worauf die Banditen davonliefen, nicht ohne auf ihre Verfolger zu schießen. Kurz darauf konnte einer von ihnen, der obdachlose Stefan Kzekowski, festgenommen werden, da man ihn erkannt hatte.

Ostrowo

× Ueberfahren. Auf der Chaussee Czertanow-Ostrowo wurde der Radfahrer Josef Licki von einem Auto überfahren, wobei er schwere Verletzungen davontrug. Der Verletzte, der sofort in das Ostrowoer Krankenhaus gebracht wurde, trägt selbst die Schuld, weil er vor dem Auto nach der gegenüberliegenden Seite der Chaussee fahren wollte.

Samter

× Eisenbahnwaggon bestohlen. Auf der Station Rzymierz bohrten unbekannte Diebe den Boden eines Waggons an und stahlen auf diese Weise einen bedeutenden Posten Weizen. Die Polizei hat Ermittlungen eingeleitet.

Ueberall Schadenfeuer

× In Emiljanowo, Kreis Samter, brannte dem Landwirt Jankowial die Scheune mit landwirtschaftlichen Geräten nieder. Man vermutet Brandstiftung. — Aus bisher unbekannter Ursache brannte in Krafowo, Kreis Schrimm, eine Scheune mit landwirtschaftlichen Geräten dem Landwirt Franz Chocki nieder.

Durch Brandstiftung entstand in Koninto, Kr. Wargowicz, bei dem Landwirt Szmarina ein Schadenfeuer, dem Scheune, Stall und viele landwirtschaftliche Geräte zum Opfer fielen. In der gleichen Nacht brannte in Rosalinowo, Kr. Znin, Wohngebäude und Scheune des Landwirts Kozjala nieder. In sämtlichen Fällen ist der Schaden durch Versicherung gedeckt.

Klehto

× Fette Beute. In dem benachbarten Bischofssee wurde in die Stallungen des Besitzers Lemke eingebrochen und hierbei zwei fette Schweine gestohlen, welche die Einkrecher mit der gleichfalls gestohlenen Art im Stalle betäubten und hinter einem Getreideschober schlachteten, wobei sie großzügig auf die Därme für die Wurfbereitung verzichteten, und dann mit ihrer Beute verschwand. Die angestellten Ermittlungen waren bisher ohne Erfolg.

× Schadenfeuer. In derselben Ortschaft brach auf dem Grundstück des Besitzers Plaza ein Feuer aus, welches außer der Scheune auch den größten Teil des Stalles und des Schuppens vernichtete, so daß außer zwei Wagen auch die meisten landwirtschaftlichen Geräte und Maschinen ein Raub der Flammen wurden. Die Gebäude waren entsprechend versichert.

Kolmar

to Am vergangenen Wochenmarkts- tage wurde hier eine ältere ärmlich gekleidete Frau beim Betteln angetroffen und von der Gendarmerie festgenommen. Bei ihrer Vernehmung stellte sie sich heraus, daß die Bettlerin eine Landwirtsfrau aus einem Dorfe der Umgebung war. Sie hatte 7 Zloty Bargeld und einige Naturalien erbeutet. Bei ihr fand man weitere 400 Zloty, welche sie am selben Tage für verkaufte Schweine von einem hiesigen Fleischer erhalten hatte. Da diese Frau schon wiederholt hier gebettelt hat, so dürfte eine exemplarische Bestrafung wohl die Folge sein.

to In Strelitz Gut wurde in der Nacht zum 10. d. Mts. aus dem Gutskontor der eiserne Geldschrank im Gewicht von circa 6 Zentner gestohlen. Am nächsten Morgen wurde der Geldschrank unversehrt im Gutsparl vorgefunden. Man nimmt an, daß die Diebe durch irgendeinen Umstand verschweigt worden sind. Wie die Diebe den Geldschrank, zu dessen Rücktransport nach dem Gutskontor 6 Mann erforderlich waren, ohne Geräusch und ohne Beschädigungen des Geldschrank selbst und des Kontorinventars entfernen konnten, ist ein Rätsel.

Zur Reform des Krankenkassenwesens

Demnächst soll bekanntlich im Sejm ein Entwurf für eine Novelle zum Gesetz über die Krankenkassen eingebracht werden. Dieser Entwurf sieht bedeutende Änderungen im bisherigen Verfahren vor. Danach sollen die Kranken gewisse Gebühren für die Arzneien und die ärztlichen Besuche entrichten. Die Gebühr für die Arzneien wird aber 50 Groschen nicht übersteigen; die Gebühren für die Besuche sollen etwas höher sein. Die bisher kostenfreie Behandlung durch Beirathungen, Bäder usw. sollen nach dem Projekt ebenfalls einer kleinen Gebühr unterliegen. Eine Ausnahme bilden Fälle wie Kriekertunst, Operationen und Spitalbehandlung. Bei diesen Kranken sollen die Arzneien auch ganz kostenfrei sein.

Wie verlautet, bezweckt man durch die Einführung der Gebühren die Beirierung der Krankentassen von vielen eingebildeten Kranken und Simulanten, die die aus der Krankentasse erhaltenen Arzneien verkaufen. Die betreffenden Gebühren sollen bereits vom 1. April ab gelten.

Kleine Posener Chronik

× Der 40jährige Schneider Michal Marciniak, sw. Marcin 41, unternahm gestern nachmittag einen Selbstmordversuch, indem er sämtliche Gas- hähne öffnete. Zum Glück hatten die Nachbarn rechtzeitig bemerkt, was vorgefallen war, und trugen den Gasergifteten in den Schnee hinaus. Die Rettungsbereitschaft leitete sofort Wiederbelebungsversuche ein und brachte den Lebensmüden in das Stadtkrankenhaus, wo er die Besserung wiedererlangte. Er hat seine Tat wegen Arbeitslosigkeit begangen.

em. Die ul. Koscielna wohnhafte Josefa Robacka versuchte gestern ihren Chemann nach einem vorangegangenen Streit in der ul. Franc. Katarzaka zu erschlagen. Auf Antrag der Staatsanwaltschaft wurde die Ehefrau festgenommen. — Der obdach- und arbeitslose 40jährige Stefan Jawal fiel gestern auf dem Rynek Wilddeck vor Erschöpfung um. Der hinzugerufene Arzt der Arbeitslosen ordnete die Ueberführung des Bettelarmen nach dem städtischen Obdachloshaus an. — Auf der Chrobry-Brücke warf ein Unbekannter zwei Wagenräder hin, als er einen Polizeibeamten erblickte. Die Räder werden anscheinend von einem Diebstahl herühren. — Im Teatr Nowy wurde von Jrl. Lotte Jaworska ein Armband mit drei Brillanten im Werte von 3000 Zloty verloren.

Die täglichen Einbrüche und Diebstähle.

em. In die Wohnung der Studzinska, ul. Chelmonskiego 10, wurde ein Einbruch verübt, wobei den Dieben ein größerer Posten Kleidungs- und Wäschestücke in die Hände fiel. Der Wert der gestohlenen Sachen wird auf 2000 Zloty geschätzt. — Elisabeth Zielińska (ul. Kochanowskiego 23) meldete der Polizei, daß ihr aus dem Korridor des Kollegium Meditum, ul. Fredry, ein Mantel im Werte von 300 Zloty gestohlen wurde. — Stefania Zietkova, ul. Lanowa 35, meldete, daß ihr aus der Wohnung allerlei Garderobe und Wäschestücke im Werte von 511 Zloty gestohlen wurde. — In den Keller des Stanisł. Węchliński, ul. Dabrowskiego 10, wurde ein Einbruch verübt, wobei die Einkrecher durch Untergrabung in das danebenliegende Zigarrengeschäft gelangen wollten, aber anscheinend gestört wurden. — In das Geschäft der Firma Zgoda, ul. Gen. Pradzyńskiego 47, wurde ein Einbruch verübt. Die Täter wurden anscheinend gestört und entkommen.

Beichleunigung der Personenzüge

Im Zusammenhang mit der Beichleunigung der Personenzüge auf dem gesamten Netz der polnischen Bahnen hat die Hauptinspektion des Verkehrsministeriums in allen Eisenbahndirektionen Studien durchgeführt, die ein günstiges Ergebnis gezeigt haben sollen. Der neue Fahrplan, der vom 15. Mai Geltung haben wird, bringt eine beträchtliche Beichleunigung der Personenzüge auf den wichtigsten Strecken. Die Höchstgeschwindigkeit von 80—100 Stunden-Kilometern werden die Züge auf einer Länge von 11,1 Prozent des Gesamtnetzes der polnischen Eisenbahn entwickeln, während es bisher 8,9 Prozent waren. Eine Geschwindigkeit von 60—80 Kilometern ist auf einer Länge von 31,7 Prozent, eine von 40—60 Kilometern auf einer Länge von 41,1 Prozent vorgesehen (bisher 40,1). Unter 40 Kilometer fahren die Züge auf einer Länge von 16,1 Prozent, statt bisher 23,1 Prozent.

Im Zusammenhang mit diesen Maßnahmen im neuen Fahrplan wird, wie verlautet, ein neuer Typ beichleunigter Personenzüge geschaffen, in denen die Fahrkartenpreise dieselben sein werden wie bei Personenzügen, d. h. ohne Sitzzugzuschlag.

Leichtfertige Zeugenauflage führt zum Meineid!

em. Posen, 11. März. Vor der Strafkammer des hiesigen Landgerichts unter Vorsitz des Landrichters Dr. Wozniak fand die Verhandlung gegen den Reisenden Josef Wolkowial wegen Meineides statt.

Wolkowial war bei der Firma Diabolo als Reisender tätig und verkaufte eine Milchzentrifuge dem Dominiararbeiter Wawrzyn Wozniak in Chocica. Der Kaufvertrag wurde von dem Sohne des W. unterschrieben. Zwischen der Firma Diabolo und Wozniak kam es zu einem Streit, wobei der als Zeuge vernommene Wolkowial unter Eid ausagte, daß Wozniak seinem Sohne Szepczan den Auftrag gegeben habe, den Kaufvertrag zu unterschreiben. Wozniak und sein Sohn bestritten das, und Wolkowial wurde wegen Meineides angeklagt.

Die Beweisaufnahme ergab die Schuld des Angeklagten, welcher unter Berücksichtigung mildernder Umstände wegen seiner leichtfertigen falschen Aussage zu 6 Wochen Gefängnis verurteilt wurde.

Mit Rücksicht auf die bisherige Unbescholtenheit wurde dem Angeklagten eine Bewährungsfrist von drei Jahren gewährt.

Morphinist, Alkoholiker und Bandit

z. Znowroclaw, 11. März. Vor der hiesigen Strafkammer habe sich heute ein Josef Gorki aus Patosé, der in seinem Spezialberuf Alkoholiker und Morphinist und bereits wegen Raub- überfällen mit 5 Jahren Gefängnis vorbestraft ist, und keine Geliebte, eine Frau Anna Schille, Mutter eines Kindes, die nicht weniger als 16-mal wegen verschiedener Sachen vorbestraft ist, ebenfalls aus Patosé, zu verantworten. Beide waren wieder mal zu einem Gastspiel nach Znowroclaw gekommen. Auf dem Wege vom Bahnhof begegneten sie dem Eisenbahnbeamten Theodor D. von hier, den sie zu einem Schnaps ein-

Kempen

gr. Blutiger Fund. In dem Walde bei Wibruszow wurde eine komplette Säuglingsausrüstung, wie Hemden, Windeln, Kleiderchen, Rissen u. a. m. aufgefunden. Da die Sachen Blutspuren aufwiesen, muß es sich um ein getötetes Kind handeln. Die ganze Umgebung wurde von der Polizei sorgfältig abgeklagt, es konnte aber weder die Leiche des Kindes, noch irgendsonst eine Spur gefunden werden, welche einen Aufschluß geben könnten.

gr. Selbstmord. Selbstmord durch Erhängen beging während Abwesenheit der Angehörigen, die J. Auch in Kaliszowice. Die Ursache zu dieser Tat war eine langjährige Krebserkrankung.

gr. Einbruchsdiebstahl. In die Wohnung der Witwe Reichert in Gzermi wurde ein frecher Einbruch ausgeführt. Als die Tochter spät abends nach Hause kam, hörte sie den Hofhund laut bellen. Sie wollte sich auf den Hof begeben, um die Ursache festzustellen, wurde aber von der Mutter zurückgehalten, welche auf verdächtige Geräusche im Nebenzimmer aufmerksam wurde. Die Tochter sprang kurz entschlossen aus dem Fenster und alarmierte die Nachbarn. Zwei Gestalten sprangen daraufhin aus dem Fenster des erwähnten Zimmers und entkamen unerkannt ins Dunkle. Die Diebe hatten sich durch ein Fenster Eingang in die Wohnung verschafft, konnten aber außer verschiedenen Kleinigkeiten nichts mitnehmen. Die Polizei hat energische Nachforschungen zwecks Ergreifung der Diebe in die Wege geleitet.

Rawitsch

□ Viehmarkt. Gestern fand hier der erste Viehmarkt in diesem Jahre statt. Er war im allgemeinen recht lebhaft, der Auftrieb ziemlich zufriedenstellend. Auch an Käufern fehlte es nicht, da diesmal wieder Auswärtige, besonders Pferdehändler aus Krotoschin, Ostrowo und Kalisz den Markt besucht hatten. Dennoch war der Umsatz nicht besonders groß, es schien auch hier an Geld zu fehlen. Der Pferdemarkt war überaus gut besucht, so daß das Angebot bei weitem die Nachfrage übertrug. — Auf dem Rindviehmarkt hatte der Auftrieb größer sein können. Groß war die Nachfrage nach jungen Melktühen. Für solche zahlte man 300 bis 350 Zloty das Stüd. — Der Schweinemarkt war mittelmäßig besucht. Die Preise hielten sich. Ferkel kaufte man für 18 bis 22 Zloty das Stüd.

□ Die Höchstpreise für Fleisch bereits überholt. Die letzthin herausgegebenen Höchstpreise für Fleisch und Fleischwaren sind von kurzer Dauer gewesen. Denn wie wir erfahren, hat die hiesige Fleischerinnung durch Verhandlungen mit dem Statisten eine Erhöhung der

Weltpolitische Beobachter

6. Rätekongreß. — Die außenpolitischen Beziehungen der Sowjetunion. — Der russisch-türkische Flottenvertrag. — Die Auslandsreise deutscher Industrieller. — Der russische Menschewitzprozeß

E. Jh. Am 8. März wurde der 6. Rätekongreß der Sowjetunion eröffnet, der alle 2 Jahre nur zusammentritt. Angeführt von der italienisch-französischen Flottenvereinbarung, die Deutschland und Rußland in eine weitere Isolierung geführt zu haben scheint, darf mit besonderem Interesse beobachtet werden, was in Sowjetrußland vorgeht. Molotoff, der Vorsitzende des Volkstommisariats der Sowjetunion, gab bei der Eröffnung des oben erwähnten Kongresses eine außenpolitische Uebersicht, in der er auf die nächste Abrüstungskonferenz, die ja auch über Deutschlands Verhältnis zu den Genfer Diktatorstaaten entscheiden dürfte, zu sprechen kam. Molotoff rechnet — man möchte sagen vernünftigerweise — nicht damit, daß im Februar 1932 eine wirkliche Abrüstung beschlossen werden wird. Viel größeres Gewicht scheint die Sowjetunion auf die Beziehungen mit Staaten zu legen, die für sie bündnisfähig erscheinen. Freundschaftliche Beziehungen erstreckt sich die Räterepublik zu Deutschland, daß durch den Aufenthalt der deutschen Industriendelegation in Moskau sein Verständnis für eine weitere Besserung der russisch-deutschen Beziehungen erneut unter Beweis gestellt habe. Desgleichen sagt Molotoff, sei das Verhältnis zu Italien normal und günstig, während das zur Türkei durch die Flottenvereinbarung vom 7. d. Mts. noch eine weitere Befestigung erfahren hatte. Für das Zustandekommen eines Handelsvertrages und für den weiteren Ausbau der wirtschaftlichen Beziehungen würden beide Staaten Sorge tragen. Die Beziehungen zu Großbritannien hätten sich handelspolitisch nicht ungünstig ausgewirkt, obwohl interessierte konservative Kreise Englands bemüht sind, sie zu stören. Desgleichen unterhält die Sowjetunion zu seinen Nachbarstaaten Persien, Afghanistan und Japan freundschaftliche und normale Beziehungen, während die zu Frankreich und Polen viel zu wünschen übrig ließen. Zu seinen Freunden gehören auch Litauen und Danzig, während in Finnland, Estland und Lettland ausländische Mächte am Werke sind, diese Staaten für eine Antisowjetfront vorparanoiden zu lassen. An der Spitze der Antisowjetfront stünde naturgemäß der Vatikan und Amerika, mit dem die Sowjetunion bis heute noch keine diplomatischen Beziehungen unterhält.

Versucht man diese hier kurz skizzierte Rede in einen Zusammenhang zu bringen mit dem großen weltpolitischen Ereignis der letzten Woche, dem italienisch-französischen Flottenkompromiß, für das ja bekanntlich England verantwortlich zeichnet, so zeigt sich, daß demnach Rußland nicht so recht an die Dauer und Herrlichkeit der italienisch-französischen Beziehungen zu glauben scheint, wozu es ein Recht hat angesichts der Schwierigkeiten und Gegensätze, die das afrikanische Problem beiden Staaten bereitet. (Wir weisen darauf in einem besonderen Artikel dieser Beilage hin.)

Gleichzeitig zeigt sich, daß die Sowjetunion durch die Schaffung eines eigenen Bündnisystems seine internationale Position zu verfestigen bemüht ist. Hierbei muß natürlich vor allem an den Flottenpakt mit der Türkei gedacht werden, der gleichzeitig mit dem italienisch-französischen Flottenabkommen abgeschlossen wurde. Dieses russisch-türkische Abkommen bezieht sich auf die beiderseitigen Flottenstärken im Schwarzen Meer und den benachbarten Meeren und belagt, daß keine der beiden Mächte ein Kampfschiff auf Stapel lege oder sonst wie — z. B. durch Anlauf — den gegenwärtigen Bestand ihrer Kriegsschiffe verstärken dürfe, ohne den anderen Vertragspartner 6 Monate vorher in Kenntnis gesetzt zu haben. In diesem Zusammenhang ist an den Freundschaftsvertrag und an das Abkommen über die Seeräuberei zwischen der Türkei und Griechenland zu erinnern, der im Oktober v. Js. nicht ohne russischen Einfluß in Ankara unterzeichnet wurde und der die selbstverständliche Voraussetzung war für die Einschränkung der türkisch-russischen Seeräubereien. Somit haben also im östlichen Mittelmeer und im Schwarzen Meer die drei wichtigsten Staaten das Betrüben tatsächlich eingestellt. Erwähnt sei auch, daß im russisch-türkischen Abkommen ausdrücklich betont wird, daß auch eine beiderseitige Festlegung der militärischen Stärke zu Lande folgen müsse.

Die Verhandlungen mit den deutschen Industriellen in Rußland, die ein günstiges Ergebnis für die deutsche Industrie gezeigt haben, lassen vermuten, daß Rußland bemüht ist, die (wenigstens offiziell) freundschaftlichen Beziehungen mit Deutschland zu verstärken. Beide Teile haben sich auf eine erhöhte Bestellung deutscher Industriearbeitskräfte geeinigt. Die Bereitwilligkeit der Sowjetunion ist sicher auch zurückzuführen auf die Antisowjetkampagne Amerikas, das in den letzten Jahren Deutschland immer mehr vom russischen Markt verdrängt. Es bleibt abzuwarten, welche Rückwirkung der deutsche Erfolg in Amerika auslösen wird. Wir möchten glauben, daß die Einschränkung einer besonderen Abteilung für russische Angelegenheiten im amerikanischen auswärtigen Amt in einen gewissen Zusammenhang mit der deutschen Industriereise gebracht werden darf.

Wer durch die Wendung in der auswärtigen Politik der Sowjetunion ein Einlenken des Bolschewismus zu sehen geneigt ist, dürfte sich indessen täuschen. Ähnlich wie Italien wird Rußland immer der Staat als Bündnispartner wählen, der ihm die größten Vorteile zu gewähren in der Lage ist und ihm die geringsten Schwierigkeiten bereitet. Als Beweis hierfür, darf an das Urteil in dem letzten Menschewitzprozeß, das am 9. März gefällt wurde, erinnert werden und in dem Rußland erneut bewiesen hat, daß es nach wie vor entschlossen ist, gegen alle oppositionellen Richtungen im Staate mit aller Energie vorzugehen. Denn wenn im Gegensatz zum Prozeß

Weltpolitische Dase

Von Karl Megerle.

Schon rein militärisch gesehen, verdient die Eroberung der Oase Kufra im Südosten des Hinterlandes der Cyrenaika durch italienische Truppen größere Bedeutung, als sie erhielt. Es galt, von einem Stützpunkt aus, der rund 400 Meilen nördlich lag und die Italiener zwang, diese 400 Meilen von der Oase Jalo bis Kufra durch eine wasserlose Sandwüste zurückzulegen, die letzte und stolze Feste des mohammedanischen Kriegerordens der Senussi, mit denen sie sich seit 1911 ununterbrochen herumkämpften, unter die italienische Fahne zu bringen. Damit ist die militärische Eroberung der beiden italienischen Kolonien an der afrikanischen Nordküste, Tripolis und Cyrenaika, die unter dem Namen Libyen zusammengefaßt werden, vollendet. Diese schwere Aufgabe wurde vom Fasismus in jäher Arbeit gelöst. Die Abtretung der Oasen von Farabub durch Ägypten 1927, die Eroberung der Jaloaalen 1928 und die Eroberung des Fezzangebietes 1930 sind die wichtigsten Etappen. Zwar führt heute noch der berühmte Omar el Muttar seinen Kleinkrieg von den Didsichten der mittleren Cyrenaika aus, und versprengte Senussistrenge mögen sich noch gerettet haben, aber durch die Befestigung aller wichtigen Oasen und Karawanenstraßen sind ihnen alle Lebensmöglichkeiten genommen. Die Unterwerfung war oft mit sehr harten Maßnahmen verbunden, aber die Italiener hatten auch böse Erfahrungen mit Verrat der Unterworfenen zu machen. Die Senussi haben nun nur noch die Möglichkeit, ihren Orden auf friedlicher Basis zu erhalten. Ihre kriegerische, große Zeit dürfte vorbei sein. Bekanntlich stützten sie sich auf die nomadisch-erwerbenden Araber, vor allem aber auf ein schwarzes Heer, das aus Sklaven gebildet wurde, die bis in die letzte Zeit hinein auf den uralten Karawanenwegen vom französischen und englischen Sudan her eingeführt wurden.

Aber mit Freigegegnungen oder der humanitären Idee, den Sklavenhandel zu unterdrücken, läßt sich der italienische Wüstenkrieg nicht erklären. Die Eroberung Kufras bildet vielmehr das Ende und den Anfang von Abschnitten planmäßiger italienischer Afrikapolitik, die ihre Spitze gegen Frankreich richtet. Bekanntlich hat Italien aus dem Londoner Vertrag von 1915 koloniale Ansprüche zu machen. Es sollte, falls Frankreich und England ihr Kolonialreich aus der deutschen Erbmasse vergrößerten, gewisse Kompensationen bekommen, und zwar hauptsächlich in Libyen. 1919 boten ihnen die Franzosen einige tausend Quadratkilometer unwidriger Wüste an der Westgrenze von Tripolis an. Italien lehnte es ab, das als Erfüllung des Vertrages anzusehen. Seine Wünsche und Pläne gehen weiter, sie sind zugleich als wichtiger Faktor in der großen französisch-italienischen Auseinandersetzung zu betrachten, die sich über ganz Nordafrika, das Mittelmeer, den Balkan und schließlich auf die Frage erstreckt, ob Frankreich Italien erlauben wird, aus dem Rana einer Großmacht zweiter Klasse in den einer ersten aufzusteigen.

Ein halbes Duzend Versuche, Frankreich zu Zugeständnissen zu bewegen, ist gescheitert, der letzte im Sommer 1930. Mit der Eroberung Kufra ist aber die Position Italiens verbessert und die Verhandlungen werden zweifellos bald wieder beginnen. Im Zusammenhang mit Italiens Stellung als Vorläufer gegen die französische Hegemonie interessieren die Verhandlungen natürlich ebenfalls. Deshalb verdient Kufra auch politisch und diplomatische Aufmerksamkeit. Zunächst handelt es sich einmal darum, die Grenze nach dem englischen Sudan abzugrenzen. Es gibt heute noch eine Grenzlinie zwischen dem südwestlichen Punkt Ägyptens und dem nördlichen Punkt des englischen Sudans, die jetzt durch die Eroberung Kufra aktuell wird. Es besteht kein Zweifel, daß England hier dem italienischen Wunsch entgegenkommen wird. Immerhin wird England ein Partner bei der italienisch-französischen Auseinandersetzung, die nun ebenfalls aktuell wird. Von der Kufraoase aus führt eine Karawanenstraße nach französisch-äquatorialafrika, dem Wadai, und sobald die Italiener anfangen, an dieser Straße ihre Zeltlager zu bauen, stoßen sie auf französische Ansprüche, und die ganze Frage der Süd- und Südwestgrenze zwischen italienischem und französischem Kolonialreich ist aufgelaufen.

Für Italien handelt es sich aber nicht nur um einige hunderttausend Quadratkilometer Wüstenland, sondern um den festen Entschluß, bei der neuen Epoche der Erschließung Afrikas nicht wieder zu spät zu kommen, und zugleich darum, die alte Schlappe von Tunis einigermaßen wieder auszuweichen. Immer mehr wagt ja Afrika in die Rolle des zukünftigen Rohstoff- und Nahrungs-mittelieferanten Europas hinein. Für Frankreich spielt es daneben eine ausschlaggebende

Rolle als Soldatenreservoir. Und so zielt Italien zunächst einmal auf die Beherrschung der großen Karawanenstraßen ab, die nach dem französischen und englischen Sudan führen. Es will sich einen Zugang zu den noch zu entwickelnden Möglichkeiten Zentralafrikas sichern und hat einseitig offiziell seine Ansprüche auf einen Zugang zum Tschadsee angemeldet. Dabei müßten ihnen die Franzosen die Gebiete von Libesti, Fortu und Ennedi abtreten. Hätte Italien aber dieses Ziel erreicht, so wäre es an der Nordspitze des französisch-englischen Mandats Kamerun angelangt, und von hier aus wäre dann die internationale Basis, nämlich der Anspruch auf ein Mandat, gegeben, der ihnen erlauben würde, bis zur Südküste Westafrikas durchzustechen. Mit andern Worten: es gäbe einen italienischen Korridor vertikal durch Nordafrika hindurch, und zwar an einer geopolitisch sehr wichtigen und zukunftsreichen Stelle. Denn schon durch sein Erscheinen am Tschadsee würde Italien die französischen Besitzungen, und zwar Äquatorialafrika von französisch-Westafrika trennen, und niemand kann sagen, ob Frankreich auf die Dauer dann Zentralafrika halten könnte. Man würde dann außerdem direkter Nachbar des belgischen Kongo, also wäre man in jeder Beziehung in der rechten Stelle, wenn je einmal die Verteilung Afrikas unter neue Erben aktuell würde. Natürlich haben auch andere italienische Kreise davon noch nie gesprochen, aber die italienische Presse hat alle diese Möglichkeiten erörtert. Das sind die großen Hintergründe, von denen aus man wohl verstehen kann, weshalb Paris so hartnäckig die italienischen Wünsche a limine ablehnt. Man kann andererseits von hier aus auch die

Rolle als Soldatenreservoir. Und so zielt Italien zunächst einmal auf die Beherrschung der großen Karawanenstraßen ab, die nach dem französischen und englischen Sudan führen. Es will sich einen Zugang zu den noch zu entwickelnden Möglichkeiten Zentralafrikas sichern und hat einseitig offiziell seine Ansprüche auf einen Zugang zum Tschadsee angemeldet. Dabei müßten ihnen die Franzosen die Gebiete von Libesti, Fortu und Ennedi abtreten. Hätte Italien aber dieses Ziel erreicht, so wäre es an der Nordspitze des französisch-englischen Mandats Kamerun angelangt, und von hier aus wäre dann die internationale Basis, nämlich der Anspruch auf ein Mandat, gegeben, der ihnen erlauben würde, bis zur Südküste Westafrikas durchzustechen. Mit andern Worten: es gäbe einen italienischen Korridor vertikal durch Nordafrika hindurch, und zwar an einer geopolitisch sehr wichtigen und zukunftsreichen Stelle. Denn schon durch sein Erscheinen am Tschadsee würde Italien die französischen Besitzungen, und zwar Äquatorialafrika von französisch-Westafrika trennen, und niemand kann sagen, ob Frankreich auf die Dauer dann Zentralafrika halten könnte. Man würde dann außerdem direkter Nachbar des belgischen Kongo, also wäre man in jeder Beziehung in der rechten Stelle, wenn je einmal die Verteilung Afrikas unter neue Erben aktuell würde. Natürlich haben auch andere italienische Kreise davon noch nie gesprochen, aber die italienische Presse hat alle diese Möglichkeiten erörtert. Das sind die großen Hintergründe, von denen aus man wohl verstehen kann, weshalb Paris so hartnäckig die italienischen Wünsche a limine ablehnt. Man kann andererseits von hier aus auch die

Geht's bald wieder los in China?

Raum daß der Winter zu Ende geht, scheint das gewohnte Sommerkriegsspiel in China wieder loszugehen. Man hatte nach der vorjährigen Kriegsbilanz gehofft, daß Tschiangkai-schek, der Führer der Kuomintang, das Heft so fest in der Hand gehabt und auch gehalten hätte, daß endlich im großen Reiche der Mitte Frieden und Ruhe von Bestand wären. China und die ganze Welt haben ein Interesse daran, daß dieses Land, in dem etwa ein Fünftel aller Menschen wohnt, der Wirtschaft wieder zugeführt wird.

Nur kommen neuerdings aus Schanghai Meldungen, daß es innerhalb der Kuomintang zu scharfen Meinungsverschiedenheiten gekommen ist. An der Frage der Währungsstabilisierung und der amerikanischen Anleihe stehen die Gegensätze zu erst auseinander. Bei der Frage der vorläufigen Verfassung, die Tschiangkai-schek die tatsächliche Diktaturgewalt staatsrechtlich bestätigen sollte, brachen die verschiedenen Richtungen vollends auseinander. Der Führer des rechten Flügels der Kuomintang, Suhanmin, der das Präsidium des Gefährdeten Rates inne hatte, hat diesen Posten niedergelegt und sich von Tschiangkai-schek losgesagt. Der bisherige Vizepräsident Lin hat sein Amt übernommen.

Die rechte Opposition hat sich damit freilich des Einflusses auf die Regierungstätigkeit begeben, und man kann in diesem Bezirke eine weitere Stärkung der Stellung Tschiangkai-scheks und seiner Generalskamarilla sehen. Der Ausfall

Frage besser beantworten, ob der italienisch-französischen Gegenpart nur vorübergehend und sekundärer Natur oder prinzipieller und vitaler Art sei. Wir glauben sagen zu können, daß es sich hier um grundsätzliche Dinge handelt, um italienische Zukunft und Geltung. Die italienische Nation fühlt sich jung genug, um sich als Erben Frankreichs zu gebärden. Sie folgt in ihrer Afrikapolitik allen Gelegenheiten der Geschichte und Geopolitik. Auf der andern Seite ist Frankreich stolz, anmaßend und formalistisch genug, um Italiens Ansprüche juristisch und moralisch abzulehnen. Italien als Grenznachbar durch ganz Afrika hindurch bedeutet eine latente Gefährdung der französischen schwarzen Refraktionsrapports. Italien könnte dadurch nicht nur die Seelinie der französischen Weltgeographie gefährden, sondern auch die Landlinie. Das sind politische Möglichkeiten und Mittel, die man nicht leichtlich verhandelt, und selbst, wenn es vorübergehend zu einer italienisch-französischen Einigung käme, so würde doch dieser vitale Gegenpart ihrer politischen Kraftlinien nicht aus der Welt geschafft. Die Franzosen haben deshalb bereits eine ungewöhnliche Aktivität in der Entwicklung und Organisation ihres nordafrikanischen Reiches gezeigt, und ihre Saharabahnprojekte schneiden direkt in die italienischen Ziele hinein.

Zunächst ist die italienische Position bei neuen Verhandlungen dadurch gefährdet, daß sie nun Tripolis und die Cyrenaika de facto im Besitz haben und ihre Truppen unmittelbar an der Grenze der umstrittenen Gebiete erscheinen können. Die Voraussetzungen für ein neues Falschoda sind indessen nicht gegeben. Soviel riskiert keine der beiden Mächte, das würde auch England nicht zulassen, das auch nun wieder seine guten Dienste anbieten wird, die Spannung auszugleichen. Man wird vielleicht beobachten können, wie es sich diese Dienste von Frankreich oder beiden Mächten bezahlen läßt.

des rechten Flügels seiner Partei bedeutet für den General aber auch eine Verringerung seiner Herrschaftsbasis und ist geeignet, den vielen „befriedeten“ Gegnern, die trotz aller Loyalitätskundgebungen Gewehr bei Fuß bereitstehen, zu neuem Feldherrn- und Herrscherehrgeiz anzustacheln.

Die Gefahr ist um so größer, als es Tschiangkai-schek und seinem Finanzminister Tsoong bisher nicht gelungen ist, den Staatshaushalt auch nur einigermaßen zu ordnen. Die Geldgeber zeigen sich nicht ganz so freigiebig, wie man erwartet hatte, und bei der Eröffnung der Eisenbahn- und Verkehrskonferenz am Montag dieser Woche in Nanking erklärte der Verkehrsminister, das Defizit der Eisenbahnen betrage über eine Milliarde Dollar und man müsse mit großen Stilllegungen rechnen. Wie wenig das Eisenbahnnetz in vollem Betriebe schon den Verkehr meistern kann, zeigen die grauenhaften Meldungen über die Hungersnot in Kanku. Die Agence Indopacifique berichtet aus Schanghai, daß der Hungertod in diesem Winter in jener Provinz nicht weniger als 4 Millionen Menschen dahingerafft hätte.

Die Wirtschaftliche innerhalb der Regierung, ihre bedrohliche finanzielle Lage, die, wenn auch verteidigt, Kriegsbereitschaft der Gegner, die große Not im Lande, das sind alles Reizen, mit denen sonst im Frühjahr der Bürgerkrieg in China loszubrechen pflegt. Auch in diesem Jahre fehlen diese Sturmzeichen über dem Reich der Mitte nicht.

Deutsche Siedlung in Argentinien.

Herr Adolfo Schwelm, gebürtiger Deutscher, seit zwanzig Jahren Kolonist in Argentinien, Präsident der Compania Eldorado, berichtete in Berlin über Arbeit und Erfolg seiner Siedlungsgesellschaft, die seit 1919 in systematischer Kolonisationsstätigkeit eine deutsche Siedlung am oberen Parana geschaffen hat.

Das subtropische, klimatisch günstige Kolonisationsgebiet liegt in der argentinischen Provinz Misiones, jenem schmalen Streifen im Norden des Staates zwischen Brasilien und Paraguay. Ist der Name der Gesellschaft „Eldorado“, gleichzeitig auch der der Siedlung selbst, auf den ersten Blick vielleicht etwas zu verlockend, eine Prüfung der Tatsachen zerstreut auftauchende Bedenken. Herr Schwelm preist sein Werk nicht an und verspricht keinem, der auswandern will, goldene Berge. Er hat selbst als Siedler von unten auf angefangen und kann dem Einwanderer nicht verhehlen, daß er es nur mit Arbeit zu etwas bringt. Allerdings kann er es dann auch zu etwas bringen: zur gesicherten Existenz eines Landwirts. Die Größe des einzelnen Besitzes in Eldorado hängt vom Anlagekapital ab. Als Mindestsumme genügen etwa 3000 Mark. Das durchschnittliche Gut umfaßt 100 preußische Morgen, es gibt auch Großplantagen, die meistens von früheren Kolonisten aus den ehemaligen deutschen Kolonien angelegt sind.

Die Besonderheit Eldorados ist, daß der Einwanderer nicht in ungerodetem Urwald beginnen muß. Die Gesellschaft, die über ein Kapital von 6 Mill. Pesos verfügt, verkauft anbaufähiges Land. Ein Fünftel des Kaufpreises wird angestrichen, der Rest im Verlaufe von sechs Jahren abgetragen. Die ganze Siedlung ist planmäßig angelegt, vom Parana aus ostwärts ins Land hinein zu beiden Seiten einer Straße. (Zwei kleinere Siedlungen, Monte Carlo und Puerto Rico, werden nach demselben Plan betrieben.) Jedes Grundstück hat das nötige Wasser, außerdem regnet es, wie Herr Schwelm, sagt, zur richtigen Zeit, so daß es eigentliche Mähernten nicht gibt; eine Versuchsanstalt erprobt die zuverlässigsten Kulturen, und Beamte der Gesellschaft beraten den im übrigen von ihr völlig unabhängigen Siedler. Auch in der schwierigen Frage des Abfahres der Produkte vermittelt Eldorado. Tabak wird gebaut, der einheimische Mate-Tea, Zitronen

und Orangen, Mais, Kartoffeln und Baumwolle; auch Viehzucht ist rentabel.

Ueber zehntausend haben sich bereits angesiedelt; der Zutritt ist beträchtlich, jede Woche kommen etwa 60 neue Kolonisten. Fast alles sind Deutsche, der Rest Skandinavier oder Schweizer. Die wachsende Kolonie verlangt auch andere Kräfte wie nur Landwirte: Handwerker vor allem, auch Arbeiter. Es entstanden Sägemühlen, es werden Häuser aus Stein gebaut, fünf Lehrer und vier protestantische und katholische Geistliche betreiben Schule und Kirche. Die argentinische Regierung unterstützt das Werk, sie versucht nicht, die Einwanderer national zu assimilisieren.

Herr Schwelm hat mit Arbeit und Klugheit etwas geleistet. Er forciert die Kolonisation nicht, er läßt sie sich organisch weiter entwickeln, wenn auch nach gewissen Plänen. Er wirbt nicht für die Einwanderung an sich, aber wer schon seine Heimat verlassen will, dem kann er helfen.

Die „Gesellschaft für wirtschaftliche Studien in Uebersee“ gab Herrn Schwelm Gelegenheit, vor der Presse über Eldorado zu sprechen. Diese Studiengesellschaft will die Auswandererorganisationen in wirtschaftlicher Hinsicht ergänzen. Sie studiert überseeische Gebiete an Ort und Stelle, um deutschen Auswanderern die Niederlassung und das Vorwärtkommen zu erleichtern. Ihr erster Vorsitzender ist der frühere Reichsminister Koch-Weser.

Ein Volk aus Minderheiten

Ein Volk, das eigentlich aus lauter Minderheiten besteht, sind die Armenier. Nach der Volkszählung der Sowjetunion von 1926 gab es in Rußland 1 725 000 Armenier. Davon leben 1 475 000 in Transkaukasien, und zwar im eigentlichen Armenien 871 000, in Aserbeidschan 297 000 und in Georgien 307 000. In alle Teile der Welt zerstreut sind 606 000 Armenier. 340 000 allein zählt man in Amerika, in der Türkei und in Syrien. Zusammen sind das 2 331 000. Wenn man den jährlichen Geburtenzuwachs rechnet — er beträgt 35 von Tausend — Sterblichkeit und Auswanderung in Anschlag bringt, so dürfte man für das eigentliche Armenien auf eine jetzige Bevölkerungszahl von 900 000 kommen, während 2 400 000 außerhalb des Landes wohnen. Von der Gesamtzahl der Armenier sind also streng genommen 75 Prozent als zu Minderheiten gehörig zu betrachten.

Vorschau auf die Posener Messe

Die diesjährige Posener Messe, die, wie üblich, in der Zeit vom 26. April bis zum 3. Mai stattfindet, wird als „Jubiläumsmesse“ organisiert, da sich der Zeitpunkt ihrer Begründung in diesem Jahre zum zehnten Male jährt. Ob die gegenwärtige Zeit einer Jubiläumsveranstaltung günstig ist, muss dahingestellt bleiben; zweifellos aber hat in den 10 Jahren ihres Bestehens die Posener Messe ihre Daseinsberechtigung und Lebensfähigkeit erwiesen, was angesichts der vielen bemoßenden und erschwerenden Faktoren anerkennend zu bewerten ist.

Wer die ersten in Posen abgehaltenen Messen noch in Erinnerung hat, der kann auch den erreichten Fortschritten sein Urteil nicht versagen. Dass Posen in seiner Bedeutung als Messestadt noch nicht entfernt an wirklich internationale Veranstaltungen dieser Art heranreicht, kann an diesem Urteil nichts ändern. Bedenkt man, dass von der grossen Anzahl der nach dem Kriege ins Leben gerufenen Messen ein grosser Teil bereits wieder verschwunden ist, ein weiterer Teil auf dem Aussterbepfad steht, so erscheint allein schon das gesicherte Weiterbestehen der Posener Messe als Erfolg.

Die Zeit der Hochkonjunktur der Messen, Muster-schauen und Ausstellungen ist vorüber. Die Wirtschaft bedarf ihrer nicht mehr in dem gleichen Masse wie früher, denn die Vervollkommenheit der Absatzorganisation, die Einrichtung von Filialen, Zweigniederlassungen und Vertretungen durch die grösseren Firmen des Handels und der Industrie ersetzt diese sporadischen Veranstaltungen. Daher haben nur diejenigen Messen Aussicht, sich in Zukunft zu halten, die entweder durch Umfang und Alter einen gefestigten Ruf im Wirtschaftsleben besitzen, oder die ihre Existenz auf ein wirklich vorhandenes Bedürfnis der internationalen Handelsbeziehungen stützen. Letzteres kann bei der Posener Messe der Fall sein, insofern, als sie der gegebene Brennpunkt des Warenaustausches zwischen Polen und Deutschland ist. Ausschlaggebend ist hierfür schon allein die geographische Lage: Während die Lemberger Messe vorzugsweise der Förderung der Handelsbeziehungen nach dem Osten und Südosten dient, ist Posen die natürliche Brücke nach dem Westen. Dass infolgedessen die Posener Messe unter den Folgen des deutsch-polnischen Zolkkrieges schwer leiden musste, ist nicht verwunderlich; zweifellos wird sie einen ausserordentlich starken Aufschwung erleben, sobald eine wirtschaftliche Verständigung der beiden Nachbarn erzielt worden ist. Sollte die Ratifizierung des Handelsvertrages noch vor der diesjährigen Messe erfolgen, so sind deren Aussichten auch entsprechend günstig zu beurteilen.

Wie sich die Verhältnisse auch gestalten, kann doch bereits mit einiger Sicherheit gesagt werden, dass die diesjährige Posener Messe kein Flop werden wird. Die meisten inländischen Wirtschaftsverbände haben ihre Teilnahme bereits zugesagt, auch die Handelskammern, sowie einige der bedeutendsten Industrieunternehmen Oberschlesiens werden sich unter den Ausstellern befinden. In Anpassung an die Wünsche hat sich die Messeleitung dazu entschlossen, einige Neuerungen einzuführen, unter denen die Vermietung fester Ausstellungsstände für den Zeitraum mehrerer Jahre, sowie die Ausgabe billiger Eintrittskarten hervorzuheben sind. Ueber die bereits im Gange befindlichen Vorbereitungen zur Heranziehung von Auslandsausstellern werden wir noch des weiteren berichten.

Europa im Welthandel

Im ersten Band des Völkerbundsmemorandums über den Welthandel und die Zahlungsbilanzen 1927—29 findet sich eine zahlenmässige Uebersicht über die Entwicklung des Aussenhandels der Welt in den letzten Jahren. Das Allgemeinbild ist folgendes (in Millionen Dollar):

	Einfuhr	Ausfuhr
1927	33 764	31 343
1928	34 639	32 499
1929	35 343	32 742

Theoretisch müssten sich Import und Export die Waage halten, doch ist zu berücksichtigen, dass in den Importpreisen die Frachten und Versicherungen enthalten sind, wodurch sich das Bild verschiebt. Setzt man den Umsatz im Welthandel des Jahres 1927 gleich 100, so ergibt sich für die einzelnen Erdteile folgende Entwicklung:

	1928	1929
Europa (inkl. der Sowjetunion)	193	105
Nord-Amerika	104	105
Latein-Amerika	104	105
Afrika	108	111
Asien (exkl. der Sowjetunion)	101	101
Ozeanien	97	97

Weltumsatz 103 104,5
Die Besonderheiten in der Entwicklung des Welthandels sind in Kürze folgende. Der Export von Amerika und Ozeanien ist infolge der schlechten Ernten zurückgegangen, während Asien stark als Käufer von Lebensmitteln aufgetreten ist. Der Export in Europa stieg von 103 (1928) auf 107 (1929) als Folge davon, dass der Handel in Fertigwaren der Industrie und Kapitalgütern einen bemerkenswerten, mit der allgemeinen Erhöhung des Lebensstandards in Verbindung stehenden Aufschwung gewonnen hat. Die europäischen Schuldnerstaaten waren andererseits genötigt den Import einzuschränken, da der Kapitalexport der überseeischen Gläubigerländer zurückging. Schliesslich sind die Industrieländer in bezug auf ihren Aussenhandel weniger vom Preissturz beeinflusst worden, als die Rohstoffländer.

Der Aussenhandelsumsatz Europas betrug im Jahre 1929 52,2 Prozent von W.-Handel, wobei der Import 35,7 Prozent und der Export 48,7 Prozent ausmachten. Die Passivität der Handelsbilanz Europas betrug im Jahre 1929 ca. 4 Milliarden Dollar. Hiervon sind Frachten, Zwischenverkäufe, Versicherung usw. abzuziehen, so dass sich die Passivität auf etwa 3,1 Milliarden Dollar stellt. Dagegen steht das Nettoeinkommen Europas aus Investitionen (1500—1600 Millionen Dollar), aus der Schifffahrt (900—1000 Millionen Dollar) und aus dem Touristenverkehr usw. (250—300 Millionen Dollar). Die Zahlungsbilanz Europas ist also als ausgeglichen zu betrachten.

Stand und Sorgen des Versicherungswesens

Die Lage des Versicherungsgeschäftes in Polen ist ausserordentlich schwierig. Einmal ist das Geschäft dadurch stark eingeengt, dass die Versicherung sämtlicher Gebäude in Warschau mit Ausnahme von Fabrikgeländen durch Monopol dem Warschauer Magistrat vorbehalten ist. Auf die Versicherung von Gebäuden im übrigen Lande hat eine halbstaatliche Versicherungsgesellschaft ein weiteres Monopol, das ihr zwei Drittel der Versicherungen vorbehält. Die grössten Schwierigkeiten aber bereitet den Versicherungsanstalten die schwere Wirtschaftskrise. Der Prämienvertrag in Bargeld hat fast gänzlich aufgehört und ist durch den Prämienvertrag in Form von Wechseln ersetzt worden, die in der Mehrzahl der Fälle nirgendwo diskontiert werden können. Während die Gesellschaften die Haftungen sofort übernehmen müssen, müssen sie auf die Prämienrückzahlungen oft Monate warten. Selbst in der

Epilog zur Preissenkungsaktion

Die von der Regierung zu Anfang d. J. eingeleitete Preisabbauaktion, die auf eine Herabsetzung der Preise der Industrieerzeugnisse hinauslief, um so die unnatürliche und übermässige Spannung zwischen den Preisen der Industrieerzeugnisse und der landwirtschaftlichen Produkte zu beseitigen, hat einen völligen Schiffbruch erlitten. Wie hier bereits mitgeteilt, hat die Regierung vor kurzem in Form einer amtlichen Kundgebung eine Erklärung des Inhalts verlautbart, dass sie die Preissenkungsaktion angesichts der „erzielten Erfolge“ nunmehr als abgeschlossen betrachte, in Wirklichkeit aber, weil die Regierung inzwischen selbst zur Erkenntnis des Fehlschlages ihrer Aktion gelangt zu sein scheint. Im Endergebnis hat nämlich die ganze Preissenkungsaktion lediglich einige kleinere Teilerfolge aufzuweisen, darüber hinaus ist es zu der von der Regierung mit einem grossen Aufwand von Mitteln und einem mächtigen Propagandaapparat betriebenen Preisherabsetzung in den Industrieartikeln nicht gekommen. So haben die polnischen Papierfabriken eine nur geringe Herabsetzung ihrer Papierpreise durchgeführt, auch die Naphthaunternehmen haben den Inlandspreis für Benzin und Petroleum um einige Groschen ermässigt. Ueber die am 10. d. Mts. beschlossene 3—4prozentige Kohlenpreiseremässigung berichteten wir gestern. Sofern sonst geringfügige Preissenkungen eingetreten sind, wie etwa in der Textilindustrie, gehen dieselben nicht auf die Preisabbauaktion der Regierung, sondern vielmehr auf die internationale Rohstoffverbilligung und die schrumpfenden Geschäftsumsätze als Folge der weiterhin sich verschärfenden Absatzkrise zurück. In dem Augenblick, wo die Weltrohstoffmärkte ein Anziehen der Preise signalisierten, war es schon um die Preissenkung geschehen, und eine ganze Reihe von Artikeln des ersten Bedarfs ziehen wieder im Preise an.

Immer wieder wird die Frage erhoben, warum die Preissenkungsaktion der Regierung scheitern musste. Der Plan des Handelsministers, nach dem Vorbild Deutschlands, Italiens und anderer Staaten auch in Polen eine grosszügige Preissenkungsaktion in die Wege zu leiten, war gewiss von Haus aus richtig. Die Kaufmannschaft, an die sich ja der Appell in erster Linie richtete, hatte sich auch im allgemeinen der Bedeutung und Wichtigkeit dieser Aktion nicht verschlossen. Die grosse Mehrzahl der Kaufleute war sich darüber im klaren, dass die Durchführung einer Preissenkung für Industrieerzeugnisse und die Anpassung der Preise an die stark herabgeminderte Kaufkraft der landwirtschaftlichen Bevölkerung nur erwünscht wäre, wenn dadurch eine Steigerung der Geschäftsumsätze bewirkt würde. Die Durchführung der Aktion hat aber gezeigt,

dass gerade Handel und Gewerbe heute ausserstande sind, eine durchgreifende Herabsetzung der Preise ihrer Waren durchzuführen,

und zwar aus einer ganzen Reihe von Gründen. Das grösste Hindernis auf diesem Wege bildet wohl die ungeheuerliche Belastung mit Steuern und sozialen Lasten aller Art. Es ist schon wiederholt darauf hingewiesen worden, dass die öffentlichen Lasten in der Nachkriegszeit ganz gewaltig angestiegen sind und heute einen ganz bedeutenden Posten unter den Handelskosten bilden, also zu einer Verteerung der Ware beitragen. Die grosse Spannweite zwischen Gross- und Einzelhandelspreisen, welche die amtlichen Stellen als untrüglichen Beweis der übermässigen Preisverteerung durch den Einzelhandel ansehen, erklärt sich gerade aus den zu hohen Abgaben an die öffentliche Hand. In diesem Zusammenhang verdient festgestellt zu werden, dass diese Spannweite nicht gerade ein spezifisches Merkmal in Polen darstellt, sondern die gleiche Erscheinung fast überall im Auslande anzutreffen ist, wovon nachstehende Statistik Zeugnis ablegt. Im Zeitraum Oktober 1929 bis Oktober 1930 zeigt die Entwicklung der Grosshandelspreise und der Lebenshaltungskosten im Auslande und in Polen folgendes Bild:

	Rückgang der Grosshandelspreise	Rückgang der Lebenshaltungskosten
Oesterreich	— 17,3%	— 7,3%
Frankreich	— 16,0%	— 2,8%
Tschechoslowakei	— 14,0%	— 3,2%
Deutschland	— 14,8%	— 5,3%
Polen	— 12,0%	— 4,5%

In all den angeführten Staaten des Auslandes sind also im abgelaufenen Jahr die Grosshandelspreise bedeutend zurückgegangen, während hingegen die Lebenshaltungskosten, deren Höhe ja von den Einzelhandelspreisen entscheidend beeinflusst wird, in wesentlich geringerem Umfange sich gesenkt haben, ja in Frankreich sogar angestiegen sind. Daraus ist also der Schluss gerechtfertigt, dass nicht die Ueberflutung des Handels, bzw. der Ueberschuss an kleinen Händlern, wie dies beispielsweise der Handelsminister feststellt, die Ursache dieser Spannweite bildet, indem doch im Auslande niemand auf den Gedanken verfällt, dort von einer Ueberschwemmung des Handels zu sprechen und darauf die Spannung zurückzuführen. Vielmehr ist als gemeinsame Ursache für diese Erscheinung in allen Ländern die ungeheure Steigerung der öffentlichen Lasten anzusehen, in der nicht zuletzt nach Ansicht massgebender Volkswirt-

Lebensversicherung, deren Umfang ausserordentlich zurückgegangen ist, hat sich die Zahlung mit undiskontierbaren Wechseln eingebürgert. Abschlüsse, auf Grund deren die Prämien in Bargeld und sofort eingehen würden, stellen seltene Ausnahmefälle dar. Der Agentenstab der Versicherungsgesellschaften ist durchweg recht unzuverlässig; die einzelnen Agenten wechseln oft zwischen den verschiedenen Gesellschaften hin und her; sie verzichten den Versicherenden gegenüber oft auf einen Teil ihrer Provisionsansprüche, um überhaupt zu einem Abschluss zu kommen, wobei sie sich über die Bonität der Versicherenden nur sehr oberflächlich orientieren.

Der Grossteil des Versicherungsgeschäftes in Polen liegt in der Hand ausländischer Gesellschaften, und zwar vor allem österreichischer, italienischer und englischer. Jedoch treten nur der Allianz-Konzern, die Riunione Adriatica und die Assicurazioni Generali unter eigener Firma auf; die österreichischen Gesellschaften (vor allem Donau und Phönix) sind unter anderen Namen als polnische Gesellschaften eingetragenen und tätig. Von den grossen Versicherungsgesellschaften sind nur drei wirklich rein polnisch: der „Snob“, die Krakauer Gegenseitige und die Warschauer Allgemeine. Alle drei befinden sich, nachdem sie in den letzten Jahren durch ihre Prämienpolitik das Prämienniveau stark gesenkt haben, als erste Opfer dieser Politik und mangels zureichender Reserven in sehr schwieriger Lage; die beiden polnischen Rückversicherungsgesellschaften, die vor Jahren mit

schaffter eine der letzten und tieferen Ursachen für die heutige Weltwirtschaftskrise zu suchen ist. Es wird daher seit Jahr und Tag immer wieder, fast schon zum Ueberdruß, in den Parlamenten, in der Presse, in den Resolutionen mächtiger Wirtschaftsorganisationen, auf die Notwendigkeit eines Abbaus der öffentlichen Lasten hingewiesen, in erster Linie der Umsatzsteuer und sozialen Lasten, weil man der Ansicht ist, dass nur auf diesem Wege eine Senkung der Gesteuerungskosten und damit eine wirkliche Verbilligung der Industrieartikel zu erreichen ist. In diesen Zusammenhang gehört auch die wiederholt erhobene Forderung nach Herabsetzung der Eisenbahntransporttarife, deren gegenwärtige Höhe man als einen massgebenden Verteerungsfaktor ansieht.

Im Zuge der Preissenkungsaktion wurde ferner der Standpunkt vertreten, dass einer der Hauptgründe für die Verteerung der Industrieartikel in der Politik der Industriekartelle zu suchen sei, die die Preise ihrer Erzeugnisse immer wieder in die Höhe und damit auf ein Niveau getrieben haben, das weitaus höher liegt als zur Zeit vor der Kartellgründung, und die zudem ohne Rücksicht auf die jeweilige Konjunkturlage an den kartellgebundenen Preisen krampfhaft festhalten. Mit Recht wird auch Klage geführt über die rigorosen, von den Kartellen diktierten Konditionen, die in keiner Weise der gegenwärtig geradezu katastrophalen Finanzlage von Gewerbe und Handel Rechnung tragen. Unter diesem Gesichtspunkt wird von der Regierung verlangt, dass sie einen Druck auf die Kartelle in der Richtung ausübe, dass dieselben mit den Preisen heruntergehen und ihre Regiespesen durch Abbau der hohen Gehälter ihrer Direktoren herabsetzen. Nicht minder häufig begegnete man dem Postulat nach Herabsetzung der Zölle, die in vielen Fällen dem Warenwerte gleichkommen, oft ihn sogar übersteigen und unter deren Fittichen die inländischen Industrie Preise diktiert hat, die zu den Preisnotierungen im Auslande in grellem Missverhältnis stehen.

Eines der wichtigsten Hindernisse auf dem Wege zur Preissenkung bildet ferner der teure, nur schwer erlangbare Kredit in Polen.

Es braucht nicht erst gesagt zu werden, dass der Kaufmannschaft die billigen Kredite in den staatlichen Banken fast überhaupt nicht zugute kommen, so dass der Kaufmann und Kleinindustrielle gezwungen sind, Zuflucht zu dem privaten, ausserbanklichen Geldmarkt mit seinen abnormal hohen Zinssätzen zu suchen. Die Inanspruchnahme solch teurer Kredite bewirkt aber automatisch einen Anstieg der Einzelhandelspreise um etwa 10—30 Prozent. Eine Bestätigung dieser Ansicht bildet im übrigen auch die Tatsache, dass eine gewaltige Kluft besteht zwischen den Preisen, die vom Kaufmann an den Industriellen bei Barkäufen gezahlt werden (Rabatte, Skonto, Bonifikationen) und der Preise bei Kreditkäufen. Die Forderungen des Handels laufen aber darauf hinaus, auch ihm die billigen Kredite in den Banken zugänglich zu machen.

Schliesslich darf nicht übersehen werden, dass doch der harte Konkurrenzkampf zwischen den Kaufleuten selbst eine Preissenkung ausgelöst hat. Denn bei der heutigen Sachlage, bei der geringen Kaufkraft und -lust der Konsumenten auf der einen Seite und den laufenden Verbindlichkeiten von Handel und Gewerbe auf der anderen Seite, ist der Kaufmann gezwungen, die Preise möglichst niedrig zu halten, in vielen Fällen sogar die Ware unter den Gesteuerungskosten abzustossen, um sich nur am Leben zu erhalten. Gerade aus diesen Gründen wurde der Druck, der von oben ausgeübt wurde, als ungerechtfertigt angesehen, weil man richtigerweise die Auffassung vertrat, dass sich die Preise nicht einfach — ohne Rücksicht auf die nationalökonomischen Grundgesetze von Angebot und Nachfrage — dekretieren lassen, sondern die Preisgestaltung der natürlichen Entwicklung überlassen bleiben muss. Gewiss hat es der Staat in der Hand, „von Staats wegen“ die Preise zu senken, aber er kann nicht verhüten, dass dann die ganze Preissenkungsaktion auf Kosten der Qualität geht, indem einfach Produkte minderwertiger Qualität zu niedrigeren Preisen angeboten werden.

Alle Produktionszweige, Handel, Gewerbe und Industrie, vertreten aber die einmütige Auffassung, dass die Preise nicht gesenkt werden können, wenn die Regierung selbst nicht mit gutem Beispiel vorangeht, sondern für ihren Teil — also mit ihren Monopolen und staatlichen Betrieben — der von ihr inszenierten Bewegung ablehnend gegenübersteht, darüber hinaus noch die Steuerschraube fester anzieht und, wie die Entwicklung der letzten Wochen zeigt, der Wirtschaft neue Lasten auferlegt.

Wenn die staatlichen Betriebe, die unter weitaus günstigeren Bedingungen arbeiten als die Privatwirtschaft, indem sie von den Steuerlasten befreit sind und über reichliche und billige Kredite verfügen, die Preissenkungsaktion nicht mitmachen können, um wieviel schwerer muss dies für Handel und Gewerbe sein, die heute schon, aller Kapitalreserven entblosst, kaum mehr in der Lage sind, die ungeheuerlichen Lasten und Abgaben für Staat, Kommunen und Sozialanstalten aufzubringen?

Staatshilfe zu arbeiten versuchten, haben ihre Tätigkeit längst wieder eingestellt. Von deutschen Versicherungsgesellschaften sind nur zwei in Polen, und zwar in Ostoberschlesien tätig, darunter die Firma Aachen-München.

Organisierung des Pferdeexportes

Dieser Tage fand in Warschau eine allpolnische, von der Polnischen Gesellschaft für den Pferdehandel und -Export einberufene Konferenz statt, an der zahlreiche Delegierte aus Kalisch, Lublin, Lodz, Posen, Rzeszow, Siedlce und Warschau, sowie ein Vertreter des Staatlichen Exportinstitutes teilgenommen haben. Die Beratung betraf folgende Angelegenheiten: 1. Organisierung des Pferdeexports nach Frankreich im Zusammenhang mit der Ratifizierung der polnisch-französischen Veterinärkonvention, sowie die Möglichkeit, diesen aufnahmefähigen Markt wie am schnellsten für den Pferdeabsatz zu gewinnen; 2. Die Gründung eines allpolnischen Pferde-Exportverbandes mit dem Sitz in Warschau; 3. Die Standardisierung des Pferdeexportes. Auf der Sitzung wurde zum Ausdruck gebracht, dass die Schaffung eines allpolnischen Pferdeexportverbandes äusserst wichtig und aktuell sei, da auf diese Weise die endgültige Regelung einer zielbewussten Pferdeausfuhr aus Polen herbeigeführt werden könnte.

Schweikert tritt dem Gummikartell bei

Wie wir seinerzeit berichteten, haben die Gummischuhfabriken Polens ein Kartell zwecks Regelung der Verkaufsbedingungen und Verhinderung der gegenseitigen Konkurrenz gegründet. Die erreichte Verständigung war jedoch unvollständig, da eine der bedeutendsten Fabriken der Gummischuhbranche, P. W. Schweikert in Lodz, ihre Teilnahme ablehnte. Nunmehr ist durch einen am 10. März in Lodz unterzeichneten Vertrag auch diese Firma dem Kartell beigetreten.

Neue Schifffahrtslinie Gdingen — Rotterdam

Wie wir erfahren, ist die Einrichtung einer neuen Schiffsverbindung von Gdingen nach Rotterdam und den Häfen der Rheinmündung zum Frühjahr geplant. Die Linie soll sowohl dem Personen- wie dem Frachtverkehr dienen.

Rekord der Insolvenzen

In der Zeit von Neujahr bis zum 10. März hat die Anzahl der Insolvenzen in ganz Polen eine vorher nie notierte Höhe erreicht. In der Stadt Warschau allein gingen in dieser Zeit 96 Firmen in Konkurs, 134 Anträge um Zahlungsaufschub liefen beim Gericht ein.

Eigene Automobil-Industrie soll geschaffen werden

Die staatlichen polnischen Ingenieur-Werke bemühen sich gegenwärtig um den Abschluss eines Vertrages mit einer führenden ausländischen Automobilfirma zwecks Errichtung einer eigenen polnischen Automobilindustrie. Wie verlautet, sind bereits ziemlich weitgehende Verhandlungen mit Citroën, Fiat und General Motors geführt worden, deren Zweck es sein soll, die Herstellung der Automobile der betreffenden Firmen in Polen selbst zu sichern, ähnlich wie dies bereits seitens der staatlichen Ingenieurwerke hinsichtlich der Erzeugung von Lastkraftwagen und Autobussen durch Vertragsschluss mit den schweizerischen Saurer-Werken erfolgt ist. Falls die Verhandlungen tatsächlich zu einem Abschluss kommen werden, so dürfte dadurch der Wert des Inkrafttretens des deutsch-polnischen Handelsvertrages, der u. a. auch die Einfuhr von deutschen Automobilen vorsieht, eine nicht unerhebliche Verminderung für das Reich erfahren.

Polens erster Automobilzug Ständige Verbindungen zwischen Warschau und Gdingen

Seit einiger Zeit führt die Eisenbahn einen erbitterten Konkurrenzkampf gegen den Personen- und Lastkraftwagenverkehr. Insbesondere im Schwerlastenverkehr gewinnt der Kraftwagen immer mehr an Bedeutung, und die Ausfälle, die die Eisenbahnverwaltung durch die Abwanderung der Transportaufträge zum Kraftwagen in ständig wachsendem Masse zu verzeichnen hat, sind eminent.

Die Besorgnisse der Bahnverwaltung galten bisher durchweg dem Lastenverkehr der Kraftwagen im Kleinen. Die einzelnen Firmen und Unternehmungen bedienen sich sozusagen bisher nur im Detail des Lastautomobils. Nun kommt aus Warschau die Meldung von dem Abschluss der Vorarbeiten für die Einrichtung einer ständigen Verbindung zwischen Warschau und Gdingen im Transportwesen. Demnach wird sich der Lastenverkehr zwischen diesen beiden wichtigen Punkten immer mehr von der Eisenbahn unabhängig machen. Anstelle der Güterzüge werden ständige Lastkraftwagenzüge treten, die ihre Fracht in bedeutend kürzerer Zeit an den Bestimmungsort zu bringen in der Lage sind.

Wenn dem Beispiel Warschau—Gdingen noch andere wichtige Handels- und Industriezentren folgen sollten, um ebenfalls ständige Lastkraftwagenzüge in Betrieb zu stellen, stehen wir gewissermassen am Anfang einer neuen Etappe im Schwerlastverkehr. Der bisherige Kleintransport mit Hilfe dieses Verkehrsmittels wächst sich aus zum Engrosverkehrstransport. Und hierin liegt die grosse Gefahr für die Staatsbahn, denn die zusammengestellten Kraftwagenzüge werden nicht nur grosse Warenmengen an den Zielen in jedem Einzelfalle bringen, sondern dieser Vorgang gewinnt durch die feste Einrichtung der neuen Linien an Stetigkeit. Wenn sich erst einmal die Geschäftswelt, Verkäufer und Abnehmer, von der Zweckmässigkeit der Neuerung überzeugt hat, zu ihr Vertrauen fasst und sich an sie gewöhnt, dürfte mit einer Massenflicht aus dem Güterzug der Staatsbahn die Minusseite der Bilanz dieses Verkehrsmittels von Monat zu Monat immer mehr an Ausbreitung gewinnen.

Märkte

Danzig, 11. März. Letzte amtliche Notierung für 100 kg. Weizen, 130 Pfd. 15,65, Weizen, 126 Pfd. 15,25, Roggen 12,25, Braugerste 13,50—16, Futtergerste 13 bis 13,50, Hafer 12—13,25, Roggenkleie 9,75—10,25, grobe Weizenkleie 10,25—10,80. Zufuhr nach Danzig in Waggons: Weizen 3, Roggen 20, Gerste 9, Saaten 5.

Produktenbericht. Berlin, 11. März. Roggen und Hafer auf ungünstige Vorratsstatistik sehr fest. Bereits im heutigen Vormittagsverkehr machte sich eine nachhaltige Erholung geltend. Die Statistik des Deutschen Landwirtschaftsrates über die am 15. Februar noch bei der Landwirtschaft vorhandenen Bestände fand starke Beachtung und gab zu lebhaften Deckungen Anlass. Im handelsrechtlichen Lieferungsverhältnis erschienen zunächst Plus-Pluszeichen, und die ersten Notierungen lagen für Roggen 3,50 Mark, für Hafer bis zu 4,50 Mark über dem gestrigen Schluss. Weizen wurde von der Bewegung mitgezogen und setzte gleichfalls 2—3 Mark fester ein.

Das Inlandsangebot von Brotgetreide und Hafer war teils infolge der gegenwärtigen Wetterverhältnisse weiter recht knapp. Im Promptgeschäft waren Preis-erhöhungen im gleichen Ausmass wie am Lieferungs-markt durchzuführen, die Umsatzfähigkeit blieb infolge des geringen Offenmaterials minimal. Für Weizenmehl waren höhere Offerten schwer durchzusetzen. Roggenmehl ist besser gefragt, das Geschäft wird aber durch die beträchtlich erhöhten Mühlenofferten etwas behindert. Gerste liegt im Anschluss an die Allgemeyntendenz auch fester.

Berlin, 11. März. Getreide und Oelisaaten per 1000 kg, sonst per 100 kg ab Station. Preise in Goldmark. Weizen, märk. 292—294, Roggen, märk. 186 bis 182, Braugerste 218—226, Futter- und Industrieerste 200—216, Hafer, märk., pomm. 155—162, Weizenmehl 34,75—41, Roggenmehl 26—29,25, Weizenkleie 12,75 bis 13,25, Roggenkleie 11,50—12, Viktoriarbsen 23—27, Kleine Speiserbsen 22—24, Futtererbsen 19—21, Pelusken 23—26, Ackerbohnen 17—19, Wicken 21—24, blaue Lupinen 13—15, gelbe Lupinen 21—24, neue Sera-della 54—59, Leinkuchen 15,50—15,90, Trockenschrot 7,10—7,30, Soja-Schrot 15,20—16,20, Kartoffelflocken 14,10—14,50. Handelsrechtl. Lieferungsverhältnisse. Weizen: März 306 und Brief, Mai 310 bis 309,50, Juli 310—309,50; Roggen: März 197,50—199 bis 198,50, Mai 201—203—202, Juli 201; Hafer: März 170, Mai 177—177,75—177, Juli 184,50—184.

Märkte.

Getreide. Posen, 12. März. Amtliche Notierungen für 100 kg in 40% fr. Station Poznań.

Transaktionspreise:

Roggen 15 to	20.25
Roggen 30 to	20.50
Roggen 105 to	20.60
Roggen 15 to	20.70
Roggen 15 to	20.80
Weizen 15 to	26.00

Richtpreise:

Weizen	25.25-25.75
Mahlgerste	20.50-21.50
Braugerste	24.00-25.00
Hafer	18.50-19.50
Roggenmehl (65%)	30.75-31.75
Weizenmehl (65%)	39.00-42.00
Weizenkleie	16.00-17.00
Weizenkleie (dick)	17.00-18.00
Roggenkleie	15.25-16.25
Rübsamen	38.00-40.00
Senf	42.00-47.00
Sommerwicke	31.00-34.00
Peluschken	37.00-40.00
Viktoriaerbsen	24.00-28.00
Seradella	70.00-73.00
Blaulupinen	19.00-21.00
Gelblupinen	29.00-32.00
Klee, rot	22.00-31.00
Klee, weiss	27.00-37.00
Klee, schwedisch	18.00-21.00
Klee, gelb, ohne Schalen	11.00-12.50
Klee, gelb, in Schalen	58.00-65.00
Timothyklee	80.00-100.00
Raygras	95.00-110.00
Buchweizen	24.00-27.00

Gesamtstimmung: ruhig. Transaktionen zu anderen Bedingungen: Roggen 165 to, Weizen 280 to, Hafer 15 to. Hafer, ausgesuchte Sorten, zur Saat geeignet, über Notiz.

Lemberg, 11. März. Börsennotierungen. Marktpreise für 100 kg in Zloty, Parität Lemberg: Gutsweizen 25.50-26, Sammelweizen 23.25-23.75, Einheitsroggen 17.50-17.75, Sammelroggen 17-17.25, Mahlgerste 20-20.50, Hafer 22.25-22.75, Weizenmehl 43 bis 44, Weizenluxusmehl 49-50, Marktpreise Parität Podwołoczyska: Sammelweizen 21.75-22.25, Einheitsroggen 16-16.25, Sammelroggen 15.50-15.75, Einheitsgerste 20.25-20.75, Mahlgerste 17.75-18.25, Hafer 19.75-20.25, verregneter Hafer 17.75-18.25, Saubohnen 21.50-22, graue Wicken 23.50-24.50, Buchweizen 31-32. Börsenpreise, Parität Podwołoczyska: Gutsweizen 24-24.50. An der Börse wurden geringe Umsätze in Weizen getätigt. Für Hafer bemerkte man grösseres Interesse bei ausreichendem Angebot. Die Preise für Weizen, Weizenmehl, Roggen, Gerste, Hafer und Buchweizen werden billiger, dagegen ziehen Saubohnen und graue Wicken an.

Zucker. Magdeburg, 11. März. (Notierungen in Rm. für 50 kg Weisszucker netto einschliesslich Sack): März 6.65 Brief, 6.60 Geld, April 6.65 bzw. 6.60, Mai 6.75 bzw. 6.70, August 7.15 bzw. 7.05, Oktober 7.25 bzw. 7.20, November 7.40 bzw. 7.30, Dezember 7.50 bzw. 7.45. Tendenz: ruhig.

Vieh und Fleisch. Warschau, 11. März. Schweine: notiz Lebendgewicht nach der Versicherungskasse für 1 kg 1.25-1.50 zł. Aufgetrieben wurden 440 Stück, Rest des Vormarktes 40 Stück. Tendenz: behauptet.

Warschauer Börse

Warschau, 11. März. Im Privathandel wird gezahlt: Dollar 8.9275, Goldrubel 4.815, Tschernowetz 0.52 Dollar.

Amtlich nicht notierte Devisen. Belgrad 15.67, Berlin 212.53, Budapest 155.63, Bukarest 5.30%, Danzig 173.30, Helsingfors 22.46%, Spanien 97.95, Kairo 44.47, Kopenhagen 238.70, Oslo 238.75, Riga 171.80, Sofia 6.47, Stockholm 238.93, Tallinn 237.46, Montreal 8.918.

Fest verzinsliche Werte

	11. 3.	10. 3.
5% Dollarprämien-Anleihe (II. Serie (5 Doll.))	11. 3.	10. 3.
5% Staatl. Konvert.-Anleihe (100 zł)	49.25	49.25
6% Dollar Anleihe 1919/20 (100 Dollar)	47.50	47.50
10% Eisenbahn Konvert.-Anleihe (100 zł)	103.50	103.50
5% Eisenbahn Anleihe (100 G. Fr.)	84.75	95.00
4% Prämien-Investitionsanleihe (100 G. Fr.)	83.25	83.25
7% Stabilisierungsanleihe	83.25	83.25

Industriekarten

	11. 3.	10. 3.		11. 3.	10. 3.
Bank Polski	135.00	136.00	Wegiel	—	—
Bank Dyskont	—	—	Nafta	—	—
Bk. Handl. i W.	—	—	Polska Nafta	—	—
Bk. Z.achodni	—	—	Nobel-Stand	—	—
Bk. Z. Sp. Z.	—	65.00	Cegielski	—	—
Grodzisk	—	—	Lilpop	20.50	—
Pula	—	—	Modzelej	—	—
Spies	—	—	Norbis	—	—
Strem	—	—	Orthwein	—	—
Elektr. Dąbr.	—	—	Ostrowieckie	41.50	41.25
Elektroczność	—	—	Parowoz	—	—
P. T. Elektr.	—	—	Pocisk	—	—
Starachowice	11.75	11.50	Rohu	—	—
Brown Boveri	—	—	Rudski	—	—
Kabel	—	—	Staporków	—	—
Sila i Swiatlo	64.00	—	Urus	—	—
Chodorow	—	—	Zieloniewski	—	—
Czernik	—	—	Zawiercie	—	—
Czestocice	—	—	Borkowski	—	—
Goslawice	—	—	Br. Jablów	—	—
Michalow	—	—	Syndkat	—	—
Ostrowite	—	—	Haberbusch	—	—
W. T. F. Cukro	28.00	—	Herbata	—	—
Farley	—	—	Spirytus	—	—
Łazy	—	—	Zeglins	—	—
Wysoka	—	—	Majewski	—	—
Sole Potasowe	—	—	Kijewski	—	—
Drzewo	—	—	Mirków	—	—

Tendenz: uneinheitlich.

Amtliche Devisenkurse

	11. 3.	10. 3.	11. 3.	10. 3.
Amsterdam	—	—	357.06	358.81
Danzig	—	—	357.00	358.80
Berlin	—	—	212.23	212.90
Brüssel	—	—	124.67	124.68
Helsingfors	—	—	43.25	43.47
London	—	—	8.898	8.938
New York (Scheck)	—	—	34.84	35.02
Paris	—	—	26.38	26.51
Prag	—	—	46.64	46.89
Rom	—	—	—	—
Kopenhagen	—	—	—	—
Stockholm	—	—	—	—
Oslo	—	—	—	—
Bukarest	—	—	—	—
Budapest	—	—	—	—
Wien	—	—	125.16	125.78
Zürich	—	—	171.32	172.18

* Ueber London errechnet.

Tendenz: uneinheitlich.

Danziger Börse.

Danzig, 11. März. Reichsmarknoten 122.63, Dollarnoten 5.1530, Zlotynoten 57.70, Scheck London 25.01%. Am Devisenmarkt notierten Reichsmarknoten 122.51 bis 75, Dollarnoten 5.1478-15.82, Zlotynoten 57.64 bis 76, Auszahlung Warschau 57.63-75.

Posener Börse

(Schlusskurse) Fest verzinsliche Werte

	12. 3.	11. 3.
Notierungen in %	12. 3.	11. 3.
5% staatliche Goldanleihe (100 G.-zł.)	48.25G	48.10G
5% Konvertierungsanleihe (100 zł.)	—	—
10% Eisenbahnanleihe (100 G. Franken)	—	—
6% Dollaranleihe 1919/20 (100 Dollar)	—	—
8% Pfandbr. der staatl. Agrarb. (100 G.-zł.)	—	—
7% Wohn.-Oblig. d. St. Posen (100 Sch. Fr.)	92.00G	—
8% Oblig. d. Stadt Posen (100 G.-zł.) v. J. 1929	90.00 +	90.00 +
8% Oblig. d. Stadt Posen (100 G.-zł.) v. J. 1926	37.50G	—
8% Obligationen der Pos. Landschaft (1 D.)	—	—
4% Konvertierungsfond d. P. Ldch. (100 zł)	35.00 +	—
8% Amortisations-Dollarpfandbriefe	—	—
Notierungen je Stück:	16.75B	17.00 +
6% Rogg. Br. der Pos. Ldch. (1 D.-Zentner)	—	—
3% Posener Vorkr. Prov.-Oblig. (1000 Mk.)	—	—
3% Posener Vorkr. Prov.-Oblig. (1000 Mk.)	—	—
4% Posener Vorkr. Prov.-Oblig. (1000 Mk.)	—	—
3% a. 4% Pos. Br.-Oblig. u. p. Stemp. (1000 Mk.)	—	—
3% a. 4% Pos. Br.-Oblig. u. p. Stemp. (1000 Mk.)	—	—
4% Prämien-Investitionsanleihe (100 G.-zł.)	94.00G	—
8% Hypothekendarlehen	—	—

Tendenz: behauptet.

Industriekarten

	12. 3.	11. 3.		12. 3.	11. 3.
Bank Polski	135.00	136.00	Hartwig C.	—	—
Bk. Kw. Pot.	—	—	H. Kastorowicz	—	—
Bk. Przemysl.	—	—	Hersf. Viktor.	—	—
Bk. Z. Sp. Z.	—	—	Lloyd Bydg.	—	—
P. Bk. Handl.	—	—	Lubau	—	—
P. Bk. Ziemian	—	—	Dr. Roman May	25.00G	—
Bk. Stadtbagen	—	—	Mlyn Wagrow.	—	—
Arkona	—	—	Mlyn Ziem.	—	—
Browar Grodz.	—	—	Piechcin	—	—
Browar Krot.	—	—	Sp. Stolarska	—	—
Brzeski Auto	—	—	Tri	—	—
Cegielski H.	—	—	Unja	—	—
Centr. Rolnik.	—	—	Wytw. Chem.	—	—
Centr. Skór.	—	—	Platno	—	—
Copians	—	—	P. Sp. Drucowa	—	—
Grodz. Elektr.	—	—	Wyr. Cor. Krot.	—	—
Cukr. Zdunv	—	—	Zw. Ctr. Mass.	—	—

Tendenz: behauptet.

Berliner Börse

Börsenstimmungsbild. Berlin, 12. März. (R.) Nachdem man vormittags noch in Reaktion auf die vergangenen Steigerungen, beeinflusst durch die neuen Bankwierigkeiten in Paris und die gestrige Schwäche in New York mit niedrigeren Kursen gerechnet hatte, waren die ersten Notierungen überraschend gut behauptet. Die relativ leichteren Geldverhältnisse waren weiter stimulierend, zumal seitens der Börse nur geringe Hausse-Engagements bestehen, und vom Ausland her (speziell Paris) noch überwiegend Kaufaufträge eingetroffen waren. Kupferpreis um einen halben Dollar ermässigt, und daraufhin Kupferwerte rückgängig. Geld unverändert. Reichsschuldbuchforderungen bis 1/2 Prozent niedriger. Im Verlaufe uneinheitlich, eher abdrückend.

Industriekarten

	12. 3.	11. 3.		12. 3.	11. 3.
Accumulator	—	—	Laubhütte	—	—
Adlerwerke	—	—	Loreos	—	—
Asenafienburg	89.50	—	Motor. Deuts.	—	—
Bernberg	84.00	90.50	Nord. Welle	68.25	71.50
Berger. Tiefb.	258.50	260.00	Pöge, Eltr.-W.	—	—
Dr. Kabelw.	—	—	Riedel	—	—
Dr. Welle	46.00	47.75	Sachswerke	—	—
Dr. Eisenb.	121.50	123.75	Schl. Hgb.-u. Zk.	—	37.75
Feldmühle	36.50	38.00	Schl. Textil	—	—
Kärting. Gebr.	—	—	Schub. u. Salu.	165.25	167.87
Habralche	—	—	Stalib. Zink	—	—
Hampoldt	—	—	—	—	—
Launeyer	—	—	—	—	—

Tendenz: behauptet.

Terminpapiere

	12. 3.	11. 3.		12. 3.	11. 3.
Dr. R. Bahu	92.00	92.00	Ges. f. s. Unt.	125.50	128.75
A. G. Verkehr	64.87	67.00	Goltschmidt	46.50	47.00
Hamb. Amer.	71.00	73.62	Hbg. Elkt. W.	117.25	117.75
Hamb. Süd	130.00	136.00	Harpen Bgw.	83.87	84.50
Hansa	97.00	102.25	Hoesch	71.75	—
Nordd. Lloyd	72.62	74.87	Holmann	91.50	93.00
Al. Dt. Kr. Ants	95.25	95.75	Ilse Bergbau	183.00	182.75
Barmer Bank	161.12	161.00	Kali Asch.	144.00	145.00
Berl. Hls. Ges.	131.00	132.50	Klöckner	70.00	—
Com. u. Pr. Bk.	113.37	113.50	Köln-Neuss	78.50	80.50
Darmst. Bank	145.50	146.50	Mannesmann	81.62	82.00
Deutscher Bank	109.50	110.50	Masf. Bergb.	39.25	42.75
Disa-Ges.	—	—	Metallwaren	81.50	81.00
Dröchner Bank	109.50	110.50	Nat. Auto-Fb.	—	—
Midtsch. K. Bk.	—	—	Oschl. Eis. Bd.	40.75	41.00
Reichsbk. Neur.	167.75	167.50	Oschl. Koksw.	81.25	81.87
Schulth. Patz.	178.00	181.00	Orest. u. Kop.	58.25	58.75
A. E. G.	105.75	106.50	Ostwerke	—	—
Bergmann	127.00	127.75	Phonix Bgbau	66.12	—
Berl. Masch.-F.	46.12	46.75	Rh. Braunkoh.	183.75	184.50
Budorus	58.50	58.50	Rh. Elkt. W.	124.00	125.00
Cop. Hsp. Am.	309.25	315.75	Rh. Stahlw.	84.50	84.87
Charl. Wasser	86.25	88.00	Riebeck	—	—
Conti Cautch.	120.75	122.50	Rutgerswerke	55.87	56.75
Damler-Benz	34.00	35.87	Salzdetfurth	223.50	226.50
Deutscher Gas	130.00	133.00	Schl. Elkt. W.	126.75	128.75
Dr. Erdöl-Ges.	73.50	74.87	Schnock. u. Co.	130.00	133.75
Dr. Maschinen	—	—	Siem. u. Halske	180.75	183.00
Dynam. Nobel	—	72.50	Tietz, Leonh.	121.00	123.75
El. Lief.-G.	129.00	130.75	Transradio	—	—
El. Licht u. Kr.	125.25	128.62	Ver. Anstalt	66.37	66.50
Essen Steink.	144.75	146.00	Ver. Stahlw.	143.00	152.25
F. G. Farben	93.50	95.00	Wattogain	114.75	116.75
Felton u. Guill.	88.25	89.00	Zellat. Waldh.	34.87	35.75
Gelsenk. Bgw.	88.25	89.00	Otavi	—	—

	12. 3.	11. 3.
Abels. Schuld	—	56.10
Abels. Schuld ohne Auszahlungssatz	—	6.75

Amtliche Devisenkurse

	11. 3.	10. 3.		11. 3.	10. 3.
Buenos Aires	—	—	Geld	1.454	1.431
Bukarest	—	—	Brief	1.454	1.431
Canada	—	—	Geld	2.495	2.495
Japan	—	—	Brief	2.495	2.500
Konstantinopel	—	—	Geld	1.195	1.195
London	—	—	Brief	2.076	2.076
New York	—	—	Geld	20.379	20.423
Rio de Janeiro	—	—	Brief	20.379	20.423
Uruguay	—	—	Geld	0.342	0.342
Amsterdam	—	—	Brief	3.177	3.137
Athen	—	—	Geld	168.20	168.24
Brüssel	—	—	Brief	5.445	5.445
Danzig	—	—	Geld	58.45	58.47
Helsingfors	—	—	Brief	81.44	81.46
London	—	—	Geld	10.556	10.556
Oslo	—	—	Brief	21.975	22.015
Paris	—	—	Geld	7.365	7.369
Prag	—	—	Brief	112.18	112.40
Rom	—	—	Geld	18.82	18.86
Schweden	—	—	Brief	112.18	112.40
Sofia	—	—	Geld	16.41	16.42
Spanien	—	—	Brief	12.427	12.429
Stockholm	—	—	Geld	80.72	80.74
Tallinn	—	—	Brief	3.040	3.046
Budapest	—	—	Geld	46.65	46.15
Wien	—	—	Brief	112.28	112.30
Kairo	—	—	Geld	11.74	11.76
Reykjavik 100 Kronen	—	—	Brief	73.12	73.16
Riga	—	—	Geld	58.97	58.97
Kansas (Kowno)	—	—	Brief	20.90	20.94
Warschau	—	—	Geld	92.01	92.18

Die Rückwirkung der konservativen Politik auf den Handel mit Indien

London, 12. März. (R.) Der Parlamentsbericht-erfasser der „Times“ glaubt zu wissen, die Regierung habe zugegeben, daß im gegenwärtigen Zeitpunkt eine Wiederaufnahme der Konferenz am Runden Tisch in Indien keinen Zweck haben würde. Der City-Redakteur des Blattes sagt, die Firmen, die mit Indien Handel treiben, hätten nach der erfolgreichen Beendigung der Besprechungen in Delhi Anzeichen einer beträchtlichen Niederbelebung des Handels wahrgenommen. Gestern aber sei infolge der Ungewißheit, die durch die konservative Entscheidung, wonach die Vertreter der konservativen Partei an einer in Indien stattfindenden neuen Runderntischkonferenz nicht teilnehmen werden, hervorgerufen sei, ein Rückschlag eingetreten, und es wäre zu befürchten, daß die besten Aussichten für den Augenblick geschwunden seien.

Englands Indienpolitik

London, 12. März. (R.) Das englische Abgeordnetenhaus wird sich heute mit der Indienpolitik der englischen Regierung beschäftigen. In politischen Kreisen Londons sieht man dieser Aussprache mit lebhaftem Interesse entgegen. Als Redner sind vorgezogen Ministerpräsident MacDonald sowie der Minister für Indien, für die Konservativen spricht u. a. der Parteiführer Baldwin sowie Churchill.

Das Minderheitenproblem

P. R. Berlin, 11. März. Wie wir aus zuverlässiger Quelle erfahren, wird deutscherseits auf der ersten Tagung des vom Europaausschuß eingelegten Zwölferkomitees, die am 24. März in Genf beginnt, in recht energischer Weise die Frage des Minderheitenrechtes im Zusammenhang mit den paneuropäischen Plänen aufgeworfen werden. Man wird wahrscheinlich deutscherseits den Standpunkt vertreten, daß in der Frage des künftigen Minderheitenrechtes neue Wege beschritten werden müssen, falls der paneuropäische Gedanke in irgendeiner Weise praktische Form annehmen soll. Wenn sich der Völkerbund bisher auf dem Standpunkt stellte, daß er lediglich als eine Art Vermittler in den Minderheitenfragen wirken konnte, so steht man deutscherseits auf dem Standpunkt, daß es notwendig sei, eine grundsätzliche Diskussion über die Minderheitenfragen im Paneuropaausschuß durchzuführen, damit die beschränkte Zuständigkeit des Völkerbundes, wie sich bisher in der Praxis erwiesen hat, einen weiteren Rahmen erhält. Im privaten Gespräch betonte Dr. Curtius schon auf der letzten Tagung des Völkerbundes, daß die deutsche Regierung entschlossen sei, die Minderheitenfrage weit grundsätzlicher aufzurollen, als das bisher im Völkerbund geschehen ist.

Bemühungen zur Erhaltung des französischen Luft-Postverkehrs

Paris, 11. März. (R.) Der Luftfahrt-Ausschuß der Kammer hat heute vormittag über einen neuen Vorschlag zur Beilegung der Angelegenheit der Luftpostgesellschaft „Aero Postale“ beraten. Danach soll im Falle einer Liquidation oder eines Bankrotts einer staatlich subventionierten französischen Luftpostgesellschaft der Luftfahrtminister ermächtigt sein, drei Liquidatoren zu beauftragen, den Flugverkehr unter kaufmännischen Gesichtspunkten fortzuführen. Nehmen diese den Auftrag an, dann soll der Luftfahrtminister weiter ermächtigt sein, alle Maßnahmen zur Durchführung des Flugverkehrs der bestehenden Linien zu treffen. Sogar die Beschlagnahme der Flugzeuge und des Flugplatz-Materials soll dem Minister gestattet sein. Nimmt dagegen der provisorische dreiköpfige Liquidationsausschuß, dessen Amtsdauer auf höchstens 12 Monate beschränkt sein darf, den Antrag an, dann soll die betreffende Gesellschaft weiterhin nach Maßgabe der Einnahmen des Vorjahres vorübergehend eine gewisse Subvention erhalten, jedoch jedesmal nur für den Zeitraum von zwei Monaten.

Die letzten Telegramme

Die Tagung des Europaausschusses

London, 12. März. (R.) „Daily Herald“ meldet: Der Staatssekretär des Äußeren Henderson wird Ende nächster Woche nach Paris fahren, um an der Zusammenkunft des Ausschusses der Kommission zur Prüfung der Frage einer europäischen Union persönlich teilzunehmen. Es wird erwartet, daß außer Henderson bei der Zusammenkunft, die auf den 22. d. Mts. festgesetzt ist, auch die Außenminister Italiens und Polens anwesend sein werden. Der Generalsekretär des Völkerbundes, Sir Eric Drummond, trifft heute in London ein, um über die Vorbereitungen für die Abrüstungskonferenz 1932 zu beraten. Er wird wahrscheinlich mit Henderson nach Paris gehen.

Kein Ende der „Kreuzzeitung“

Berlin, 11. März. (R.) Die Nachricht, daß die „Kreuzzeitung“ am 1. Juli ihr Erscheinen einstellen werde, ist, wie von dem Blatte mitgeteilt wird, nicht zutreffend. Ebenjedenfalls richtig sei es, daß Verhandlungen mit einem anderen Rechtsblatt über eine Druckgemeinschaft unter Verzicht auf eine eigene Redaktion geführt würden. Die „Kreuzzeitung“ werde auch in Zukunft in gewohnter Weise und unter Wahrung ihrer vollkommenen politischen Selbstständigkeit erscheinen.

Schlägerei

Samburg, 11. März. (R.) In einem Lokal in der Reiterstraße fand gestern Abend eine Versammlung der „Opposition Straßer“ der Nationalsozialisten statt, die auch von gegnerischen Nationalsozialisten besucht war. Zwischen den Versammlungsteilnehmern entspann sich eine heftige Schlägerei, bei der man zu Wertschlägen und



Tränengas gegen Demonstranten in Warschau.

Die polnische Polizei geht bei Straßen-Demonstrationen nach amerikanischem Beispiel mit scharfen Mitteln vor. So wurden vor kurzem bei einer Ansammlung von Studenten in Warschau außer der Wasserpröge auch Tränengasbomben benutzt.

Aus der Republik Polen

Erklärung der Undo

Die polnische Presse veröffentlicht ein Kommuniqué des Zentralkomitees der „Undo“-Partei über die polnisch-ukrainischen Verhandlungen, über die bereits berichtet worden ist. Dieses Kommuniqué lautet:

1. Im Zusammenhang mit der Intervention der ukrainischen Parlamentsvertretung in Sachen der mit der Lage des ukrainischen Volkes in Polen verbundenen Angelegenheiten, d. h. der sog. Pazifizierung, tauchte auf polnischer Seite der Vorschlag auf, eine ganze Reihe aktueller politischer, wirtschaftlicher und kultureller Angelegenheiten zu besprechen. Die ukrainische Parlamentsvertretung wandte sich an das Zentralkomitee der „Undo“ um Ermächtigung zur Durchführung von Unterhandlungen. Das Zentralkomitee ermächtigte die ukrainische Parlamentsvertretung dazu, mit Regierungsfaktoren über Entschädigungen für das ukrainische Volk in Verhandlungen zu treten.

2. Auf Grund dieser Ermächtigung hat bisher eine informatorische Besprechung stattgefunden, bei der von polnischer Seite die Frage berührt wurde, daß von der ukrainischen Parlamentsvertretung eine Lokalitätserklärung von der Parlamentstribüne abgegeben und die Klagen beim Völkerbund über die sog. Pazifizierung zurückgezogen wurden.

3. Die Delegierten der ukrainischen Parlamentsvertretung waren nicht ermächtigt, Unterredungen auf obiger Plattform zu führen, und es ist deshalb unwahr, daß sie bereits ihr Einverständnis zu irgendwelchen politischen Forderungen gegeben hätten.

4. Die ukrainische Parlamentsvertretung hat keine ausführlich konkretisierten Vorschläge ihrerseits angemeldet.

Dieses Kommuniqué scheint im Zusammenhang zu stehen mit Meldungen von Regierungsbürokraten darüber, daß trotz des Protestes der „Undo“ der Klub der ukrainischen Abgeordneten die Absicht habe, die Verhandlungen fortzusetzen. Nach einer Meldung des „Dziennik Poniński“ z. B. sollte das Präsidium des Ukrainischen Klubs die Absicht haben, die Verhandlungen auf eigene Faust fortzusetzen, indem es vor allen Dingen nach der Erledigung folgender Angelegenheiten streben soll:

1. Wiedereröffnung der geschlossenen ukrainischen Gymnasien;

2. finanzielle Entschädigung für die Pazifizierungsaktion;

3. Gewährung einer Subvention an die Gesellschaft „Sielskie Hospodarsztwa“;

4. Befreiung der verhafteten Abgeordneten, vor allen Dingen von Dr. Lewicki.

Beschlagnahme Proteste

Der Bauernklub hat beim Ministerpräsidium und beim Innenminister eine Interpellation eingebracht, in der von Repressalien der Polizei wegen der Best-Proteste die Rede ist. In der Interpellation wird darauf hingewiesen, daß das ganze Land eine Aufklärung des Geheimnisses von Breßl Witowski und die Bestrafung der Schuldigen verlange. In den Dörfern würden Proteste der Bevölkerung eingelegt, diese Proteste aber von den Behörden oder auf kurzem Wege sogar von der Polizei beschlagnahmt. Im Februar habe die Polizei im Kreise Neu-Sandek eine Revision in den Dörfern vorgenommen auf der Suche nach Protesten, und es seien etwa 30 Proteste mit einigen tausend Unterschriften der Beschlagnahme verfallen. Zugleich sei in Nowy Sącz der Rechtsanwalt Chyż und der Magister der Rechte Janiak unter dem Vorwurf der Beteiligung an der Aktion der Beschlagnahme dieser Proteste verhaftet worden. Die Interpellanten fragen an, ob die Minister geneigt sind, die unterstellten Organe zur Verantwortung zu ziehen und den Bürgern die Möglichkeit zu sichern, von den Bevölkerung durch die Verfassung anerkannten Rechten Gebrauch zu machen.

Die Verfassungsreform

Ueber die Arbeiten an der Verfassungsreform ist die Meinung verbreitet, daß der Sejm vor Schließung der Haushaltssession einen Beschluß fassen werde, in dem der Verfassungsausschuß die Fortsetzung der Arbeiten anheimgestellt wird, ohne Rücksicht darauf, ob der Sejm tagt oder nicht.

Beschlagnahme

Gestern fand auf Befehl des Städtischen Polizeiamtes das „Berliner Tageblatt“ und die „Wochenschrift“ beschlaggenommen worden.

Das „Lager des Großen Polens“ gespalten?

Nach einer Meldung der „Gazeta Polska Zachodnia“, einer Meldung, von der man nicht weiß, ob nicht der Wunsch der Lagers des Großen Polens war, soll es zu einer Spaltung im „Lager des Großen Polens“ und in der „Młodzież Wschodnia“ gekommen sein. Die Sezessionisten sollen eine neue ideale Bewegung unter der Jugend schaffen unter dem Namen „Młodzież Wschodnia Narodowa“. Diese Bewegung gehe von Warschau aus und sei bereits nach Kralau und anderen akademischen Zentren übergesprungen.

Der ehem. Reichskanzler Hermann Müller schwer erkrankt

Hermann Müller erlitt Ende der vorigen Woche einen Rückschlag in sein altes Gallen- und Nierenleiden, das ihn schon während seiner Kanzlerschaft monatelang zur Ausspannung gezwungen hatte. Am Dienstag wurde er in das Moabit-Krankenhaus gebracht, wo er sich in Behandlung von Geheimrat Burghardt befindet. Eine Operation soll von dem behandelnden Arzt für nötig angesehen werden. Sie ist aber bisher noch nicht ausgeführt worden. Das wird von den Freunden des früheren Reichskanzlers als kein günstiges Zeichen betrachtet, so daß sie sich in erhöhter Sorge befinden.

Berlin, 12. März. (R.) Reichskanzler a. D. Hermann Müller hat eine ganz heftige Nacht verbracht. Auch die Schmerzen haben wesentlich nachgelassen. Das heutige Konsilium ergab, daß der Allgemeinzustand des Patienten noch als leicht zu betrachten ist. Man will erst eine Änderung des augenblicklichen Zustandes abwarten, bevor man eine Entscheidung darüber trifft, ob Reichskanzler Müller operiert werden soll oder nicht. Die Temperatur war in den Frühstunden 37,5.

Kein Grund zur Unruhe

München, 11. März. (R.) Bei der Beratung des Innenrats im Plenum des Bayerischen Landtages erklärte Staatsminister Dr. Stübel u. a.: Angesichts der allgemeinen wirtschaftlichen Notlage und angesichts des Gebarens mancher politischer Kreise könne man es verstehen, daß die Bevölkerung da und dort in ernstlicher Sorge um die Sicherheit des Staates sei. Demgegenüber betonte der Minister, daß kein ernsthafter Grund für irgendeine Beunruhigung gegeben sei. Die Sicherheit des Staates gegen alle Angriffe, woher sie auch kommen mögen, sei nach dieser Richtung garantiert. Alle Versuche, die Ordnung zu stören, würden im Keime erstickt werden. Das möge nicht nur zur Beruhigung der Öffentlichkeit gesagt sein, sondern auch denen zur Kenntnis dienen, die vielleicht mit dem Gedanken spielen, die Schärfe des Abwehrinstrumentes der Regierung zu erproben.

Das Osthilfegesetz

Berlin, 11. März. (R.) Das Osthilfegesetz dürfte am Donnerstag noch nicht zur ersten Beratung im Reichstagsplenum kommen. Auf der Tagesordnung der Donnerstagssitzung steht es nicht, konnte es auch nicht stehen, da diese Tagesordnung schon am Sonnabend beschlossen wurde, also bevor der Reichstag die Vorlagen verabschiedet hatte. Nach einer Notiz in der dem Reichstagskanzler nahestehenden „Germania“ vom Dienstag konnte aber angenommen werden, daß von den Regierungsparteien der Antrag kommen würde, die erste Beratung formell schon auf die Tagesordnung der Donnerstagssitzung nachträglich zu setzen, um so die Möglichkeit zu haben, die Vorlagen gleich an den Ausschuß zu verweisen. Ein solcher Wunsch hat aber, wie das Nachrichtenbüro des Vereins Deutscher Zeitungsverleger erzählt, keine Aussicht auf Verwirklichung, da mit Sicherheit auf einen Widerspruch von der linken Seite des Hauses zu rechnen ist, der genügen würde, um die erste Beratung am Donnerstag unmöglich zu machen.

China

Santau, 12. März. (R.) Ueber Mißhandlung von Missionaren durch chinesische Banditen berichtet der amerikanische Generalkonsul in der chinesischen Stadt Santau. Danach sind ein amerikanischer und ein norwegischer Missionar, die sich seit Oktober v. J. in der Gewalt chinesischer Banditen befinden, mißhandelt worden. Dabei wurde ihnen angedroht, daß schlimmeres geschehen werde, wenn nicht eiligst das Lösegeld herbeigeschafft werde. Zur Zeit befinden sich insgesamt 27 Missionare in den verschiedenen Provinzen Chinas in der Gefangenschaft von Räuberbanden.

Ein neuer Gesandter für Bukarest

Berlin, 12. März. (Wg. Telegr.)

Der bisherige Gesandte in Bukarest, von Mutius, der augenblicklich in Berlin weilt, wird, nach einer Meldung des demokratischen Zeitungsdienstes, nicht mehr auf seinen Posten zurückkehren. Als Nachfolger ist neben anderen der vortragende Legationsrat im Berliner Auswärtigen Amt, Dr. Eisenlohr, der bekanntlich entscheidenden Anteil an den deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen genommen hatte, auszuwählen.

Aus anderen Ländern

Institut für Alpenforschung

Institut für Alpenforschung. Mit dem nächsten Monat beginnt das Institut für Alpenforschung in Wien seine Tätigkeit. Mit der Gründung dieses Instituts wird eine Lücke in der Wiener Kulturwelt allmählich ausgefüllt werden und neue Wege öffnen sich dem Naturfreunde für eine bessere Kenntnis der herrlichen Alpenwelt.

Die Tätigkeit des Instituts wird aus folgenden Abteilungen bestehen: 1. Archiv für Alpenforschung. 2. Internationaler Alpenatlas in sieben Sprachen (deutsch, englisch, französisch, italienisch, magyarisch, persisch, rumänisch). 3. Archiv für Geschichte der Alpenforschung mit Biographienammlung der Alpenforscher und Alpenfreunde. 4. Sammlung von Landkarten aus dem Alpengebiet. 5. Sammlung von Ansichten aus dem Alpengebiet. 6. Alpenauskunft. 7. Wissenschaftliche Alpenforschungen.

Jede Abteilung steht für alle Alpenfreunde frei zur Verfügung. Korrespondenz in sämtlichen Sprachen. Tätige Mitarbeiter und Korrespondenten willkommen! Briefe, Drucksachen und jede Zusendung sollen an den Schriftführer persönlich adressiert werden: Professor Dr. Ravasini—World University—Wien.

Modelldörfer für Algerien

Paris, 12. März. (R.) Ein Siedlungsprogramm für ihre nordafrikanische Kolonie Algerien hat die französische Regierung ausgearbeitet. Es ist geplant, etwa 4000 Modelldörfer für die Eingeborenen zu errichten. Jedes dieser Dörfer soll 100 feste Häuser umfassen, für die als Baumaterial Eisenbeton verwendet werden soll statt der bisher gebräuchlichen luftgetrockneten Lehmziegel. Die Modelldörfer sollen Schulen und Krankenhäuser erhalten. Die Häuser sollen gegen eine bestimmte jährliche Abgabensumme an die Einwohner abgegeben werden. Ueber dieses Projekt wird zur Zeit noch mit den Behörden Algeriens verhandelt.

Die heutige Ausgabe hat 10 Seiten

Verantwortlich für den politischen Teil: Alexander Jursch. Für Handel und Vertriebs: Erich Leventhal. Für die Teile aus Stadt und Land und den Briefkasten: Erich Jansen. Für den Abdruck redaktioneller Teile und für die Wirtsch. Beilagen: Die Zeit im Bild: Alexander Jursch. Für den Anzeigen- und Werbestell: Hans Schwarzkopf. Verlag: Posener Tageblatt. Dr. Concordia & Co. K. G. Gedruckt in Posen, Druckereigasse 6.

